

Danziger Zeitung.



Nr. 18843.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inferate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Reum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 10. April. (Privattelegramm.) Dem „Berl. Tagebl.“ wird aus Dar-es-Salaam gemeldet, daß gestern Major Wissmann die Regierungsgeschäfte dem neuen Gouverneur v. Soden übergeben hat.

Der Hamburger Dampfer „Romulus“, von Iquique mit 4000 Tonnen Salpeter nach Hamburg unterwegs, wurde im Hafen von Coronel, wo er Kohlen einnehmen wollte, von der chilenischen Regierung beschlagnahmt. Er soll pro Tonne 2½ Lstr. Zoll zahlen, die schon vor der Abfahrt in Iquique an die Insurgenten gezahlt waren.

Stuttgart, 10. April. (Privattelegramm.) Ein Lieutenant a. D. feuerte gestern zwei Revolverschläge auf einen Militärposten ab, die schließen. Er wurde nach verzweifelter Gegenwehr festgenommen.

Paris, 10. April. (Privattelegramm.) Ein heftiges Feuer zerstörte gestern in Briancon die Unterpräfektur und die Gendarmeriekaserne. Wassermangel verhinderte die Löschung. Mehrere Personen wurden dabei verwundet.

London, 10. April. (Privattelegramm.) Die Militär- und Marinebehörden bereiten in Chatham und Portsmouth Verstärkungen für Indien vor. Mehrere große Transportdampfer werden schleunigst fertiggestellt.

Rom, 10. April. (Privattelegramm.) Die Regierung wird jede öffentliche Versammlung am 1. Mai untersagen. Die Garnison wird durch ein Regiment verstärkt.

Der Ausstand der Schwefelarbeiter in Sizilien hat eine bedenkliche Gestalt angenommen, so daß schleunigst Truppenverstärkungen angeordnet worden sind.

Florenz, 10. April. (Privattelegramm.) Im internationalen evangelischen Kongreß wird Stöcke über „Armuth und Reichthum vom Standpunkt des Evangeliums“ einen Vortrag halten.

Politische Übersicht.

Danzig, 10. April. Die Berathung der Landgemeindeordnung im Abgeordnetenhouse geht besser und schneller von statten, als man bisher annehmen mußte, und es scheint, als werde auch der weitere Verlauf nun glatter sein. Der vielbesprochene Compromiß über die Eingemeindung von Gutsbezirken u. s. w. wurde gestern, wie schon gemeldet, mit großer Mehrheit angenommen. Um ihren Standpunkt zu wahren, hatten die Freisinnigen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage beantragt. Minister Herrfurth war auch gestern noch der Meinung, daß die Regierungsvorlage sachlich besser sei, aber sie habe nur den Nachtheil, daß sie von der Mehrheit abgelehnt werde, während das Compromiß die Zustimmung der Mehrheit habe. Man darf gespannt sein, ob der Minister diese „Verbeugung vor der Mehrheit“, wie Herr Richter ironisch bemerkte, bei den Anträgen der Conservativen über das Steuerrecht der Grundbesitzer (§ 48) wiederholen wird.

Iedersfalls nimmt man jetzt an, daß die zweite Berathung bis zum nächsten Mittwoch beendet wird. Man hofft dann, bis Ende der nächsten Woche auch die dritte Berathung zu erledigen, damit das Gesetz baldigt der Feuerprobe im Herrenhause unterworfen wird. Was die „Herren“ damit anfangen werden, bleibt abzuwarten; aber man sagt, wie uns geschrieben wird, daß auch hier die Schwierigkeiten geringer geworden seien, als sie bisher erschienen.

Die Bestrafung des Contractbruches.

Wenn auch den gestrigen Verhandlungen des Reichstags über die Bestrafung des Contractbruches der Charakter einer Debatte im großen Stile nicht zugesprochen werden kann, so erhob sich dieselbe immerhin über das Niveau der bisherigen Debatten, schon weil es sich um eine der wichtigsten Bestimmungen des Arbeiterschutzgesetzes handelt. Nach dem bestehenden Gesetz kann der Arbeitgeber den ihm durch den Contractbruch nachweislich zugefügten Schaden einklagen, was selbst wenn er vorhanden, in den seltensten Fällen nachweisbar ist, und dann, weil bei den durchführbar ist. Die Regierungsvorlage wollte diesen Entschädigungsanspruch zwar befreien lassen, aber dem Arbeitgeber anheimstellen, am Stelle, die im äußersten Falle auf den sechswöchentlichen ortssüdlichen Tagelohn bemessen werden konnte. Die Commission — und das ist der erste Punkt von Wichtigkeit — hat den Entschädigungsanspruch in der bisherigen Form befeistigt, weil sie den strafrechtlichen Charakter der Buße nicht anerkennen wollte. Dagegen hat sie dem Arbeitgeber eine Entschädigung im Maximum des ortssüdlichen Tagelohns für eine Woche zugesprochen, ihn aber von dem Nachweis des Schadens befreit. Damit wird nicht der Strike an sich, sondern nur der Strike mit Contractbruch, der sich immer mehr einzubürgern droht, getroffen. Dem Arbeitgeber steht es frei, von dem Coalitionsrecht Gebrauch zu machen, vorausgesetzt, daß er sich dabei innerhalb der Schranken des

Arbeitsvertrages hält, wie das bei den großen englischen Strikes die Regel ist. Der Contractbruch bringt das Coalitionsrecht in Gefahr, nicht die Verpflichtung des Arbeiters, bei dem Bruch des Arbeitsvertrages dem Arbeitgeber eine mäßige Entschädigung zu leisten.

Selbstverständlich schlug Abg. Singer einen Ton an, als ob die Mehrheit sich hier des krassesten Verbrechens an den Arbeitern schuldig mache. Er versuchte mit dem Etikett „Ausnahmegericht“ Eindruck zu machen und wandte sich erregt gegen den freisinnigen Abgeordneten, der der Regierung durch Formulierung der in Rede stehenden Bestimmung eine „goldene Brücke“ gebaut habe, eine Insinuation, die zu Boden fiel, als der Abg. Guttmann sich als Urheber dieser Bestimmung bekannt und der Überzeugung Ausdruck gab, daß er dafür den Dank der Arbeiter finden werde.

Mit besonderer Spannung sah man der Rede des früheren Ministers des Innern, Herrn v. Puttkamer, entgegen, von dem man, wie uns unser Correspondent schreibt, Tags vorher schon wußte, daß er diese Gelegenheit benutzen würde, um wenigstens als Mitglied des Reichstags seine Jungfernrede zu halten. Aber die Rede des Herrn v. Puttkamer wird manchen enttäuscht haben. Daß der frühere Minister des Innern ein gewandter Redner ist, weiß man schon; der Eingang seiner Rede, in der er sich mit Schärfe gegen die selbstmörderische Taktik der Sozialdemokraten wandte und noch nachträglich sein Bedauern über das Scheitern des Socialistengesetzes aussprach, rief auf den Bänken der Singer u. Gen. lebhafte Proteste hervor. Aber der große Sozialistentöter von damals war es nicht, der gestern redete; als Mitglied der deutschconservativen Partei hatte er nur die Aufgabe, den Compromißbeschluss der Commission in der Haupsache zu rechtfertigen, nachdem bekannt war, daß die Regierung bereit ist, denselben zu akzeptiren. Herr v. Puttkamer als Compromißredner, als Befürworter eines billigen Ausgleichs, ist eine ganz neue Erscheinung. Man hörte denn auch die Frage aufrufen, ob der ehemalige Vicepräsident des Staatsministeriums und Minister des Innern, der sympathische Worte für die Einigkeit aller Parteien gegenüber den Sozialdemokraten und für die von sittlichen Ernst gebrachten Ausführungen des Abg. Dr. Hirsch vom Tage vorher über das moralische Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber hatte, sich durch sein gestriges Auftreten als Kandidat für ein Oberpräsidium unter Minister Herrfurth, seinem früheren Unterstaatssekretär, qualifizieren wolle?

Nach Herrn v. Puttkamer, der nach alter Gewohnheit den Sozialdemokraten die Freude mache, zu behaupten, durch die in Rede stehende Bestimmung solle dem Contractbruch ein sichtlicher Makel aufgeprägt werden — woran niemand gedacht hat —, nahm Handelsminister v. Berlepsch zu einer sehr wirksamen Begründung der Vorlage das Wort, in der er u. a. die sozialdemokratische Phrase von dem Schutz des Unternehmers mit der Erinnerung an den Heiligen der Sozialdemokraten, Marx, zurückwies, der behauptet hatte, daß auch die Herren Bebel u. Gen. aus dem Unternehmerstiel nicht heraukhämen. Natürlich will Herr Bebel die Antwort nicht schuldig bleiben und so mußte die Verhandlung bis heute verlagert werden.

Fürst Bismarcks Wahlchancen.

Der Wahlkampf im 19. hannoverschen Wahlkreise wird mit immer größerer Lebhaftigkeit geführt und ist jetzt insofern in ein neues Stadium getreten, als Fürst Bismarck nunmehr selbst mit aller nur wünschenswerthen Offenheit sich zu seiner Candidatur bekennet, wie aus seiner gestern telegraphisch mitgetheilten Depesche an das nationalliberale Wahlkomité des Wahlkreises hervorgeht. Ob das ein Beweis dafür ist, daß Fürst Bismarck seine Candidatur für günstig ansieht, oder nicht, bleibt abzuwarten. In den Kreisen seiner Anhänger scheint man durchaus nicht optimistischer Ansicht zu sein. Wenigstens bringt das Bureau „Herold“ eine Meldung, wonach der freikonservative Abgeordnete v. Kardorff dem Fürsten Bismarck schon jetzt sich zu schreiben beilt, daß, falls er jetzt durchscheit, er Kardorff sein Reichstagsmandat für Del-Wartenberg zu Gunsten des Fürsten Bismarck niedergelegen werde, ein Mandat, was übrigens auch durchaus kein sicheres wäre, da dort die freisinnige und die Centrumspartei stark vertreten sind.

Auch der oppositionelle Charakter der Bismarckschen Candidatur wird immer von neuem in den Cartellkreisen selbst hervorgekehrt. So führt das freikonservative „Deutsche Wochenbl.“ aus: Die Nachfolger Bismarcks hätten nicht verstanden, das Vertrauen, welches ihnen entgegengebracht wurde, festzuhalten. Die Fehler der Regierung hätten die Blicke des Volkes immer wieder auf den Mann zurückgelenkt, der so lange die Zügel der Regierung mit fester Hand gehalten. Auch die jetzige Reichstagscandidatur finde nur in der Schwäche und dem Schwanken der Reichspolitik ihre Begründung. Der Protest gegen den österreichisch-deutschen Handelsvertrag habe sich zur Candidatur Bismarck verschoben. Der Aussall der Wahl im 19. Reichstagswahlkreise werde gerade deshalb auf die Zollvertrags-Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn einwirken. Trete Bismarck in den Reichstag ein, so würde seine Opposition für die Regierung sehr unbehaglich werden.

Fürst Bismarck wird hier also schon als der künftige Führer der Opposition gegen die Regierung ins Auge gesetzt.

Man könnte von diesem Standpunkt aus nur wünschen, daß es dem Fürsten Bismarck gelänge, die Mehrheit des Reichstags zur Ablehnung des deutsch-österreichischen Handelsvertrags fortzuführen. Die Regierung würde dann nichts übrig bleiben, als den Reichstag aufzulösen und dann würde sich zeigen, daß die große Mehrheit der Nation der Begünstigung von Sonderinteressen entgegen ist. Indes wir glauben nicht, daß Fürst Bismarck als Privatmann im Reichstag den Einfluß haben würde, Beihilfe dieser Art herbeizuführen. Fürst Bismarck als Mitglied des Reichstags wird schwerlich Reden im Style der Artikel halten, die er jetzt unter dem Schutz der Anonymität durch die Presse verbreitet. Reichstagsreden lassen sich nicht hinterher in Abrede stellen, wie Bismarck das mit dem berühmten Worte: „le roi me réverra“ versucht hat. Seine Candidatur zum Reichstage ist nur ein Schritt auf dem Wege zur Wiederherstellung seines amtlichen Einflusses. Er will das Vertrauensvotum, welches er von den Wählern beansprucht, verwerfen, um den Beweis zu führen, daß er als entlassener Reichskanzler einer gewissen Stelle vielleicht noch unbekannter werden könnte, als er in seiner Eigenschaft als aktiver Reichskanzler gewesen ist. Wir sind auch fest überzeugt, daß Fürst Bismarck, der die Auffassung mit Windhorst gemein hatte, daß der Zweck die Mittel heilig, sich außerordentlich biegend und nachgiebig erweisen würde, wenn es sich einmal darum handelte, die Voraussetzungen festzuhalten, unter denen er in das Reichskanzleramt zurückkehrt. Indes Bismarck hat durch sein früheres Verhalten die Brücke, welche nach Berlin führt, endgültig abgebrochen und so wird sein Sit in Reichstage ihm und denjenigen, welche von ihm Unterstützung gegen die Regierung erwarten, nur neue Enttäuschungen bringen.

Die Tabakindustrie für die Verkehrsfreiheit.

Allen neueren Nachrichten zufolge ist zwischen Deutschland und Oesterreich ein Handelsvertrag erzielt, welcher eine Herabsetzung zahlreicher Positionen der beiderseitigen Zolltarife umfasst. Die Fluth des Hochschülers ist überschritten, wie nähern uns wieder besseren, gerechteren und gefünderen Zoll- und Grenzverhältnissen; der Vertrag mit Oesterreich ist nur der Anfang davon. Weitere Verträge mit anderen Staaten und weitere Erleichterungen des internationalen Verkehrs werden folgen. Es hat nichts genützt, daß der hochschülersche „Centralverband deutscher Industrieller“ in die Verhandlungen über einen Handelsvertrag zwischen Deutschland und Oesterreich einzugreifen versucht hat. Nachdem schon verschiedene andere industrielle Vereinigungen mit Entschiedenheit ihre Mithilfe gegenüber diesen Verhandlungen vorschreiben, hat dies jetzt auch der Vorstand des Vereins deutscher Tabakfabrikanten und Händler auf Anregung seines Vorsitzenden, des Herrn August Deter in Berlin gethan. Derselbe veröffentlicht soeben folgende Erklärung:

„Gegenüber dem Vertrag des Centralverbandes deutscher Industrieller, im Namen der deutschen Industrie in die Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn über einen Handelsvertrag zu Gunsten der Zölle auf landwirtschaftliche Produkte einzutreten, erklärt der Vorstand des Vereins deutscher Tabak-Fabrikanten und Händler, daß die gesammte deutsche Industrie ein Interesse nicht nur an der Herstellung eines freundschaftlichen Verkehrsverhältnisses mit allen anderen Staaten, sondern auch speziell an der Herabsetzung der Zölle auf Nahrungsmittel hat, da durch leichtere eine Steigerung der Arbeitskraft und der Consumfähigkeit des Volkes herbeigeführt wird. Was unsere Industrie insbesondere anbelangt, so haben wir einen hohen Bundesrat gegenüber speziell den Wunsch ausgesprochen, daß durch den Handelsvertrag erreicht werden möge, daß Tabakfabrikate, nachdem sie gegen Zahlung des Eingangsziolles und der bestehenden Lizenzgebühr in Oesterreich-Ungarn eingeführt worden sind, dort auch in den freien Verkehr gezeigt werden dürfen.“

Diese Erklärung ist von besonderer Wichtigkeit, weil die deutsche Tabakindustrie wegen des in Oesterreich herrschenden Tabakmonopols kein directes Interesse an durch einen Vertrag mit Oesterreich zu erlangenden Verkehrserleichterungen hat.

Die Wahlrechtsfrage in Belgien.

Die Centralsection der belgischen Kammer hat gestern einstimmig das Alter von 25 Jahren als Grundlage des Wahlrechts angenommen und als die niedrigste zur Wahlfähigkeit erforderliche Steuer, anstatt wie bisher 100 Francs 10 Francs festgesetzt. Die meisten Mitglieder waren über das Erfordernis einer eigenen Wohnung einig. Eine lange Debatte fand statt über die Frage, ob zu der Festsetzung eines Census von 10 Francs und der Bedingung einer eigenen Wohnung noch das Erfordernis einer gewissen Capacität zugefügt werden sollte. Die Mitglieder der Rechten sind im allgemeinen gegen obige Bedingungen. Die Section wird nächsten Mittwoch wieder zusammentreten.

Der österreichische Reichsrath

ist gestern in Wien nach einem feierlichen Hochamt zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Der Abgeordnete Smolka übernahm unter lebhaftem Beifall den Vorsitz als Alterspräsident. Es folgte zunächst die Eidseidlung der Abgeordneten. Darauf überreichten die Jungthehen dem Präsidenten die von ihnen angekündigte Rechtsverfassung. Die erste Sitzung des Herrenhauses war eine rein formelle.

Die französischen Socialisten

sind über die Frage der Maifeier in hellen Zwiespalt geraten. Wie aus Paris telegraphiert wird,

hatte gestern das sozialistische Centralcomité die in Paris anwesenden Delegirten zu einer Versammlung einberufen, welche äußerst stürmisch verlief. Die Ansichten der verschiedenen Fraktionen hinsichtlich des Verhaltens am 1. Mai gingen vollkommen auseinander. Es wurde keinerlei Be schluss gefaßt.

Serbien und die bulgarischen Verschwörer.

Die „Swoboda“ in Sofia erfährt aus verlässlicher Quelle, daß die serbische Regierung ihre vollkommene Geneigtheit ausgedrückt habe, alle diejenigen Individuen zu verfolgen, welche den freien Aufenthalt in Serbien dazu benutzt, um Complots gegen Bulgarien vorzubereiten. Außerdem habe die serbische Regierung erklärt, sie werde die bulgarischen Behörden und Polizeiorgane zur Verfügung stellen, um die Mörder Betschewa dingfest zu machen, falls dieselben in Serbien eine Zuflucht suchen sollten. Die „Swoboda“ bemerkt, die serbische Regierung bekläre durch obige Erklärung ihre friedlichen Gesinnungen.

Auf Ansuchen der bulgarischen Regierung hat auch bereits in Belgrad bei dem bulgarischen Emigranten Pissow eine Haftsuchung stattgefunden, die jedoch erfolglos blieb.

Folgen der Silbergesetzgebung in der Union.

In seinem leichten Bericht über die wirtschaftlichen Vorgänge in den Vereinigten Staaten erzählt der „Economiste français“: „Die neue Silbergesetzgebung hat in mehreren Staaten, namentlich in Kansas und Nebraska, unvorhergesehene Folgen nach sich gezogen. Trotz des Gesetzes, welches den monatlichen Ankauf von 4½ Millionen Unzen vorschreibt, bleibt das Silbergeld dem Publikum zu unbehaglich und dasselbe läßt sich dies Geld nicht aufzwingen. Dies hat bereits den Curs des Silbers herabgedrückt, und die Geschäftswelt glaubt, daß das Fallen fort dauernd wird. Das Publikum ergreift deshalb Vorsichtsmaßregeln. So wird jetzt in allen Verträgen auf späte Fälligkeit, wie bei Hypotheken, festgesetzt, daß die Zahlung in Gold, d. h. in Goldmünzen der Vereinigten Staaten von gegenwärtigem Gehalt, Gewicht und Feinheit oder ihrem gleichen Werth stattfinden müsse. Wer sich dieser Klausel nicht unterzieht, findet kein Gold. Man kümmert sich hier zu Lande nicht um Währungstheorien, aber die praktischen Leute glauben hier nur noch an die Goldwährung.“

Die Aufhebung des Adels und der Orden in Brasilien.

Ein aus Rio de Janeiro uns zugehender Bericht weist darauf hin, daß zu jenen Bestimmungen, welche von der konstituierenden National-Versammlung im Widerspruch zu den Anschauungen der provisorischen Regierung und speziell zu denjenigen des Präsidenten Marcellus da Fonseca in die Verfassung aufgenommen wurden, auch die Aufhebung aller brasilianischen Orden und Adelsstilte gehört. Wie wenig diese Bestimmung dem Geschmacke des Präsidenten der brasilianischen Republik entspricht, können schon aus dem Umstande allein erkennen, daß derselbe, indem er nach der Enthronierung des Kaisers Dom Pedro von diesem gestifteten Orden der Rose aufhob, gleichzeitig seinerseits einen neuen republikanischen Orden Crisostomo Colombo stiftete. Die durchaus nicht sparsame Art, in welcher der Präsident mit der Verleihung dieses Ordens vorging, soll nicht ohne Einfluß auf die Wahlen in die konstituierende National-Versammlung gewesen sein. Was speziell die Aufhebung der Adelsstilte betrifft, sei es sehr fraglich, ob die diversen Grafen, Vicomtes und Barone des Landes sich ohne weiteres dem neuen Gesetz fügen und auf die Führung ihrer Prädicate verzichten werden. Bezeichnend in dieser Richtung ist die Thatstache, daß jene Minister, welche die Barone besitzen, keinen Anstand nehmen, nach wie vor als Barone zu unterzeichnen.

Abgeordnetenhaus.

64. Sitzung vom 9. April.

Der Gesetzes-Entwurf wegen Änderung des Wahlverfahrens wird in zweiter Abstimmung definitiv genehmigt, jedoch wird die Bestimmung, wonach das Gesetz sich nicht auf Hohenzollern und Helgoland erstrecken soll, getilgt.

Es folgt die zweite Berathung der Landgemeindeordnung, § 1, nach welchem die Landgemeinden und Gutsbezirke bestehen bleiben. Landgemeinden und Gutsbezirke sollen nach der Vorlage nach Anhörung der Beteiligten sowie des Kreisausschusses im öffentlichen Interesse auch gegen ihren Widerspruch vereinigt werden können durch königlichen Erlaß. Die Commission beantwirkt, die Auflösung und Zusammenlegung von Landgemeinden und Gutsbezirken durch königliche Anordnung nur dann erfolgen zu lassen, wenn sie ihre öffentliche rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen außer Stande sind. In anderen Fällen steht beim Widerspruch der Beteiligten dem Kreisausschuß die Entscheidung zu, gegen welche die Beschwerde an den Bezirksschultheißen und an den Provinzialrat geht.

Abg. Rickerl beantragt die Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Rickerl: Unsre Stellung zu diesem hochwichtigen Gesetz habe ich bereits bei der Generaldiscussion dargelegt. Wir bedauern es, daß die Commission die Regierungsvorlage in wesentlichen Punkten verschlechtert hat. Gleichwohl haben wir in der Commission schließlich für das Gesetz gestimmt, und wir wünschen, daß nicht noch weitere solche Verfehlungen hier befohlen werden und es uns nicht unmöglich gemacht wird, für das Gesetz zu stimmen. Eine große Zahl unserer Wünsche wird durch die Regierungsvorlage nicht erfüllt, noch weniger durch die Commissionsvorlage; wir sind aber der Überzeugung, daß die unbedingt nothwendige anderweitige Regulirung der ländlichen Verwaltungsverhältnisse nicht länger aufgeschoben werden darf. Angesichts der jehigen Majorität werden wir

uns daher enthalten, obwohl ein gewisser Anreiz dazu vorliegt, auf die Vorgesetztheit dieses Paragraphen, der einem Compromiss die Entstehung verhindert, einzugehen; wir wollen niemand provozieren, um nicht eine unnötige Verzögerung herbeizuführen und uns somit in Bezug auf Anträge als auch die Discussion Beschränkungen aufzulegen. Unseren Antrag zu § 2 haben wir gestellt, weil wir den Weg der Regierung für den zweckmäßigen und vernünftigen halten und weil mit die Verantwortung für das unentlich weitsichtige Verfahren durch so viel Instanzen, wie sie die Commission will, nicht ohne weiteres übernommen werden. Nicht lokale Interessen sollen hier entschieden werden, sondern Landes- und Staatsinteressen. Es sollen die Organisationen konstruiert werden, auf denen das Staatsgebäude ruht. Das ist nicht Sache der Selbstverwaltungsorgane, sondern der Repräsentanz des Landes, und das sind Regierung und Volksvertretung. Die letztere ist bereit, ihre Befugnisse zu delegieren, in dieser Frage auf die Staatsregierung. Immerhin bleibt letztere der Landesvertretung verantwortlich und kann hier die Maßregeln derselben prüfen und zur Discussion bringen. In der Hauptsache haben die Conservativen nachgegeben; aber sie haben ein so weitsichtiges Verfahren eingeführt, daß die unabsehbaren Reformen sich Jahre lang hinschleppen werden. Auch für die Stellung des Oberpräsidenten sind die Commissionsbeschlüsse nicht gut. Ich nehme an, daß der Minister des Innern seine Schuldigkeit thun und den Oberpräsidenten gemeinsame Instructionen zukommen lassen wird. Man wird leichter damit noch abhängiger machen und sie leicht in Conflict mit ihrer Überzeugung bringen. Wie notwendig hier Rücksicht ist, dafür ein schlagendes Beispiel, worüber mir ein großes Auktionsstück aus der Provinz Sachsen zugangen. Redner legt den Fall der Gemeinde Wörmlitz im Saalekreise dar. Dieselbe ist mit zwei Rittergütern seit 1807 vereinigt. 1887 hat der Besitzer der beiden Güter plötzlich den Antrag gestellt, auf Grund der Verordnung vom 31. März 1833 abgetrennt zu werden. So haben Landrat und Regierungspräsident entschieden, trotz Protestes der Gemeinde. Jetzt schwiebt die Sache immer noch. Redner bittet den Minister, derselben seine Aufmerksamkeit zuzuwenden.) Ich wiederhole, was ich schon in der Commission gesagt: ich mache den lokalen Instanzen keinen Vorwurf. Es liegt in der Natur, daß man von der Nähe aus den lokalen Verhältnissen und Interessen mehr Rücksicht zuwenden. Hier sollen aber öffentliche und Staatsinteressen den Ausschlag geben. Ich hoffe, die Regierung wird, was in ihren Kräften steht, thun, um unnötigen Verschleppungen soviel wie möglich zu begegnen, und Entscheidungen treffen, die im Interesse der Gesamtheit geboten sind. (Beifall links.)

Abg. v. Rauchhaupt (conf.): Ich kann dem Vorredner nicht zugestehen, daß die Commission die Vorlage verschlechtert hat. Ich gebe ihm zu, daß die freisinnige Partei durch die Regierungsvorlage mehr befriedigt ist; die Regierung kann daraus erschließen, welche Bundesgenossen ihre Vorlage hat. (Heiterkeit rechts.) Unser Compromiß hat dem Staate gegeben, was des Staates, und der Selbstverwaltung, was der Selbstverwaltung ist. Es handelt sich um die vitalen Interessen einzelner kleiner Gebiete und die müssen mit die Selbstverwaltung entsprechend lassen. Ich bedauere, daß auf der linken Seite solche Misstrauen gegen den Kreisausschuß herrscht. Weitschärfen Sie doch nicht die Selbstverwaltung auf dem Lande, Sie untergraben sich damit die Selbstverwaltung in den Städten! Die Befürchtung des Abg. Richter, daß die Beamten durch die Bestimmung des § 2 abhängig würden, heile ich nicht. Wir wollen eben den Landgemeinden die Beruhigung verschaffen, daß ihre Interessen genau geprüft werden und sie dabei mitwirken können.

Abg. v. Huene (Centr.): Die Beschlüsse der Commission befriedigen mich nicht völlig. Es ist ein vollständiges Novum, daß das Staatsministerium als Instanz in unsere Selbstverwaltung eingeführt wird. Daraus Folgerungen für weitere Gesetze zu ziehen, wäre der Tod unserer Selbstverwaltung. Wir werden jedoch in zweiter Lesung dafür stimmen, vielleicht läßt sich in dritter Lesung noch eine Einigung finden, die unsere Bedenken berücksichtigt. Man sagt, es sei eine Befreiung der Rechte der Krone, daß sie nicht gehört werden sollte, wenn der Provinzialrat die Zusammensetzung nicht wünscht. Es kann jedoch keine Gemeindebildung stattfinden ohne Zustimmung der Krone, dies ist die Vermehrung der Rechte der Krone, während im anderen Falle der Krone nichts genommen wird. Eine Befreiung der Rechte der Krone liegt also nicht vor. Einem alzu schnellen Vorschreiten in der freieschaffenden Entwicklung der Landgemeindeordnung müßten wir schon jetzt einen Riegel vorschicken, denn wir wissen nicht, welch ein Minister des Innern einmal kommen mag, und da nicht zu erwarten ist, daß immer ein so conservativer Curs da ist wie jetzt. (Bewegung.) Es entspricht diese Haltung unserem ganzen Verhalten auf dem Gebiete der Kirche und Schule. (Beifall im Centrum.)

Minister Herrfurth: Ich bin mit dem Abg. Richter natürlich auch für die Regierungsvorlage, aber ich muß gestehen, die Commissionsvorlage hat einen gräßeren Vorzug, nämlich den, daß sie mit Sicherheit angenommen wird. (Heiterkeit.) Zur Zeit hat die Krone das Recht, im öffentlichen Interesse die Zusammensetzung von Bezirken etc. zu verfügen. Dieses Recht will Abg. v. Huene der Krone nehmen. Es ist nicht richtig, daß ich die Sachkenntnis der Kreisausschüsse unterschäme. Ich erkenne an, daß der Kreisausschuß in sehr vielen Fällen durchaus die geeignete und unentbehrliche Instanz ist, aber für die ganze Organisation der ländlichen Verhältnisse ist es nicht möglich, alles der Selbstverwaltung zu überlassen, der Staat muß das Recht haben, eingreifen zu können. Ich hoffe, daß § 2 mit so großer Majorität angenommen wird, daß Abg. v. Huene darauf verzichten kann, in Druck einen Antrag zu stellen.

Abg. Krause (nl.) erklärt, daß seine Freunde für die Vorlage, wie sie von der Commission gestaltet ist, stimmen würden, wenn sie auch nicht damit einverstanden sein könnten, daß nur in den 3 bezeichneten Fällen das öffentliche Interesse vorliegen soll.

Abg. v. Meyer-Arnswalde (wilbcons.) führt aus, daß auf dem platten Lande eine große Abneigung besteht gegen alles, was irgendwie ausstellt wie eine Sammgemeinde; darin steht man nur eine bureaukratische Verschlechterung. Das Bedürfnis nach einer neuen Landgemeindeordnung sei durchaus nicht nachgewiesen. Redner erklärt sich deshalb gegen den § 2.

Abg. Ritter (freicons.) bezeichnet im Gegensatz zum Vorredner die Annahme der Vorlage als Notwendigkeit und hofft, daß an den Commissionsbeschlüssen festgehalten werden wird und die Anträge der Linken abgelehnt werden.

Abg. v. Schleska (Centr.) hält es für unzweckmäßig, neben den Selbstverwaltungsbehörden auch die Staatsbehörden mit diesen Fragen zu beschäftigen, wie dies im Betreff des Oberpräsidenten und des Staatsministeriums geschehen soll. Im Lande ruft die ganze Landgemeindeordnung eine große Beunruhigung hervor. Die Bundesgenossenschaft, welche der Minister gefunden hat, sollte ihm zeigen, daß die Gegner der Vorlage nicht im entfernen an eine Verleihung der Rechte der Krone denken.

Abg. Gombart (nat.-lib.) erklärt sich für die Zusammensetzung von Gemeinden und Gutsbezirken, weil allein dadurch eine Einigung erzielt werden könnte. Redner erklärt für seine Person, daß er für den Antrag der freisinnigen Partei stimmen werde.

Abg. Richter: Ich hätte nicht erwartet, daß meine kurzen Ausführungen so viel Entgegenkommen erfähren würden. Sehr bedauere ich, daß ich meinen verehrten Brüder v. Meyer-Arnswalde sehr gar nicht verstanden habe. Da es aus dem Gefühl seiner Vereinfamung entstanden, daß seine Stimme heute so gedämpft, daß wir hier fast gar nichts gehört! Nur einzelne Laute schlügen an unser Ohr: „Landgemeindeordnung kein Bedürfnis“ — „Ruin des Bauernstandes“ — „Sprung ins Dunkle“ — „Lehne alles ab“. Bei diesen letzten Worten des Abg. v. Meyer erscholl aus der Rechten

ein herzliches Bravo, und das war das Beweiskriterium dabei. Wir wissen schon lange, daß ein großer Theil von Ihnen nur sehr widerwillig diese Reform mitmachte und sie besonders gern verschieben möchte. Der Herr Minister hat mit Rücksicht auf das Compromiß die Regierungsvorlage nicht mehr vertheidigt, obgleich er sie im Innern für besser hält. Ich habe das auch gar nicht von ihm erwartet. Ich freue mich sogar über diesen Fortschritt im Parlamentarismus, über diese Verbeugung vor der Majorität. Nur immer so weiter, Herr Minister! (große Heiterkeit), aber auch wenn einmal, wie auch hr. v. Huene schreibt, eine andere Majorität kommt. hr. v. Rauchhaupt hat dem Minister zugesetzt, er könnte daraus, daß wir auch nicht befriedigt wären, sehen, welche Bundesgenossen die Regierung an uns häften. Wozu eigentlich diese überaus liebenswürdige Empfehlung? Fürchten Sie etwa, daß der Minister zu gut über uns und unser Verhalten denkt? Wir bieten keine Bundesgenossenschaft an, wir nehmen die Regierungsvorlagen an, wenn wir sie für gut und richtig halten, loben sie und erkennen sie an — ohne irgend welchen Anspruch auf Gegenleistung. (Gehr gut links.) Das ist eben der Unterschied zwischen manchen Parteien. (Beifall links.) Sie dürfen also keine Angst haben. Die Minister sind es noch vor früher gewöhnt, sich in einer gemischt respektvollen Entfernung von der freisinnigen Partei zu halten, auch wenn sie das Ministerium unterstützen. Wir haben nichts dagegen, wir wünschen uns gegenwärtig Unabhängigkeit und Freiheit. Entschiedenen Protest muß ich dagegen einlegen, als ob wir kein Vertrauen hätten zu den Selbstverwaltungsorganen und dasselbe zu erschüttern suchten. Das ist ein völlig ungerechtfertigter Vorwurf, noch mehr, daß hier Parteidramen ins Spiel kämen. Und wenn alle Kreisausschüsse freistimmen würden, würden wir nicht anders handeln. Hier stehen eben nicht Partei, auch nicht kommunale Fragen in Rede, sondern staatliche, die von ganz anderen als lokalen Gesichtspunkten entschieden werden müssen. Uebrigens befinden wir uns hierbei in guter Gesellschaft. Der Minister stehe doch nicht in dem Verdacht, das Vertrauen zu den Selbstverwaltungsorganen erschüttern zu wollen, und er hat in der Commission ganz denselben Standpunkt vertreten. hr. Ritter hat sich den Kopf darüber zerbrochen, weshalb wir eigentlich die Wiederherstellung der Regierungsvorlage beantragten, da wir doch keine Aussicht auf Annahme hätten? Weshalb sollen wir dann nicht thun, was alle Parteien, auch die kleinste, unter ähnlichen Verhältnissen ebenso machen? Hätte er der Rede des Abg. v. Rauchhaupt dieselbe Ausmerksamkeit erwiesen, er würde es wissen. Derselbe sagte in aller Offenheit, man könne den Weg, den die Regierungsvorlage und wir auch wollen, nicht weitläufig genug machen. Das ist es eben. Man will soviel Hindernisse, wie möglich, aufstören. Jahrlang können sich bei dieser Masse von Instanzen die Entscheidungen in jedem einzelnen Fall hinziehen. Das wollen wir eben nicht. hr. v. Rauchhaupt hat auch hier wieder von der Socialdemokratie gesprochen. Ja, glauben Sie denn nicht, daß Sie derselben mit Ihren Anträgen Stoss geben, wenn Sie die alten verroteten Zustände möglichst lange aufrecht erhalten wollen? hr. v. Huene stimmt für die Vorlage aus Furcht vor der Zukunft; wir in der Übersicht, daß sie eine Vorbereitung für eine Zukunft sein wird, die Sie mit allen Hindernissen, die Sie bereitstellen wollen, doch nicht aufzuhalten werden. Es handelt sich hier um die soliden Urgebiote, auf denen sich der Staat aufbaut. (Beifall links.)

Nachdem noch der Abg. v. Hennebrandt (conf.) gegen die Abg. v. Huene und v. Schleska gesprochen, wird der § 2 nach dem Antrage der Commission unverändert angenommen, nachdem der Antrag Richter auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage gegen die Stimmen der Freisinnigen und der nationalliberalen Abg. Gombart und Heineke abgelehnt war.

Nachdem ein Antrage des Abg. v. Grombeck (Centr.) soll als § 2a eingefügt werden: „Das Vermögen der vereinigten Landgemeinden geht auf die neugebildete Landgemeinde über.“ Minister Herrfurth und die Abg. Richter und Krause halten den Antrag für überflüssig. Abg. v. Hennebrandt empfiehlt denselben. Derselbe wird darauf, und zwar als § 3a, gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Nationalliberalen und der Freikonservativen angenommen.

SS 3-13 werden ohne Debatte genehmigt.

§ 14 regelt die Zuschläge zu den Staatssteuern und bestimmt, daß von den Gemeinden Zuschläge zur Staatsinkommenssteuer nicht ohne gleichzeitige Heranziehung der Grund- und Gebäudesteuer erhoben werden sollen.

Die Conservativen (v. Rauchhaupt u. Gen.) beantragen, auch die Gewerbesteuer gleichzeitig mit Zuschlägen zu belegen.

Die Abg. v. Grombeck (Centr.) und v. Hennebrandt (conf.) empfehlen diesen Antrag.

Minister Herrfurth erklärt sich mit demselben einverstanden, nachdem er gegenüber seiner früheren Fassung in der Commission verbessert sei.

Abg. v. Bedlich (freiconf.) empfiehlt ebenfalls den Antrag; namentlich die Heranziehung der Gewerbesteuer zu den Zuschlägen sei notwendig, weil die Gewerbebetriebe zu dem Lande gerade die Communallasten vermehren.

Abg. Richter hält es für bedenklich, ein neues Prinzip, die Heranziehung der Gewerbesteuer zu den Communalzuschlägen hineinzuwerfen in dem Augenblick, wo die Regierung für die nächste Session bereits ein neues Gesetz über die Gemeindebesteuerung angekündigt hat. Es ist wunderbar, wie wenig das Finanzministerium sich darum kümmert, daß diese Landgemeindeordnung durchgeführt wird in Verbindung mit der Steuerreform. Daß die Grundsteuer zu Zuschlägen herangezogen wird, ist begründet damit, daß die communalen Auswendungen vorzugsweise dem Grundbesitz zu gute kommen. Aber das trifft nicht zu für die Gewerbebetriebe, namentlich nicht für die niedrigeren Gewerbebetriebsklassen, wo die persönliche Arbeit eine größere Rolle spielt.

Abg. v. Huene (Ctr.) hält die Annahme des conservativen Antrags für zweckmäßig, namentlich da die nicht bestehenden Elemente der Landgemeinden ja auch Stimmrecht erhalten sollen.

Der Antrag der Conservativen wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Nationalliberalen angenommen.

Darauf wird die Berathung auf Freitag vertagt.

Deutschland.

* Berlin, 9. April. Die Vermählung der Prinzessin Luise zu Schleswig-Holstein, Tochter des Prinzen und der Prinzessin Christian zu Schleswig-Holstein, mit dem Prinzen Albert von Anhalt wird am 6. Juli d. J. in der St. Georgskapelle des Schlosses zu Windsor stattfinden. Die Vermählung der Prinzessin Luise zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, Tochter des verstorbenen Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, mit dem regierenden Fürsten von Waldeck soll schon am 29. April d. J. auf Schloß Lutzenlund bei Schleswig gefeiert werden.

* General v. Albedyll, commandirender General des 7. Armeecorps, begeht heute sein 50jähriges Dienstjubiläum. Der Jubilar wurde im Jahre 1843 zum Offizier im Kürassier-Regiment Königin, 1858 zum Rittmeister ernannt und, nachdem er ein Jahr im Militärcabinet gearbeitet, 1863 zum Major befördert. Im Jahre 1865 erhielt er als solcher ein zwei Jahre vordatiertes Patent, eine seltene Auszeichnung, wurde nach dem österreichischen Kriege im Oktober 1866 Oberstleutnant und Flügeladjutant und 1868 Oberst. In dieser Eigenschaft trat er wieder in den Frontdienst ein, indem er 1869 drei Monate

das Magdeburgische Kürassier-Regiment führte. Am Kriege von 1870 nahm er, ebenso wie bei dem vorhergehenden, als Abtheilungchef im Cabinet Theit. Als General v. Treskow das Commando der 19. Division im März 1872 übernahm, erfolgte seine Ernennung zum Chef des Militärcabinets am 18. April derselben Jahres. In dieser Stellung verblieb der Jubilar innerhalb der 16 Jahre bis zum August des Jahres 1888, wo er unter Stellung à la suite des Kürassier-Regiments Königin (pommersches R. 2) zum commandirenden General des 7. Armeecorps in Münster ernannt wurde. — Die Nachricht, daß v. Albedyll in Bälde seinen Abschied nehmen werde, ist schon erwähnt worden.

* [Wilmann] beabsichtigt, einer Kölnischen Meldung zufolge, in den Dienst des Congostaates zu treten.

* [Die unerlässliche Gratulation des Kaisers zum 1. April.] Merkwürdig ist übrigens noch eins! Nach einer Berliner Mitteilung des „Hamb. Corr.“ soll in Hofscreien die Ansicht vertreten sein, Fürst Bismarck hätte am 1. April (an seinem Geburtstage) ein kurzes Glückwunsch-Telegramm des Kaisers erhalten. Die Bismarck'sche Münch. Allg. Itg. hat bekanntlich das Gegenteil behauptet. Zudem hat Fürst Bismarck selbst einem namentlich bekannten Besucher bestätigt, daß der Kaiser ihm zu seinem Geburtstage nicht gratulirt habe.

* [Das Stadtchloß Charlottenburg] ist, wie die „Neue Zeit“ berichtet, zum Sommeraufenthalt der kaiserlichen Prinzen aussersehen worden.

L. I., Reichshilfe in Kamerun.] Herr Dr. Jintgraff, der eine „wissenschaftliche“ Expedition im Hinterlande von Kamerun auf Reichskosten und eine Handelsexpedition auf Kosten der Kameruner Firmen commandirt, hat, wie jetzt bekannt, mit 5000 Balis den Häuptling von Basut, der über 10 000 Mann verfügt, angegriffen, wobei 4 Deutsche und 168 Einheimische gefallen sind. Dr. Jintgraff und die Kameruner rufen jetzt, nachdem sie den Kampf auf eigene Faust eröffnet haben, das Reich um Hilfe an. Bei den Verhandlungen über die Kameruner Anteile war von einer Schutztruppe von 2-300 Julius die Rede, jetzt sollen 5000 Balis auf Reichskosten bewaffnet werden. „Mit billigen Redensarten“, schreibt der „Hamburger Correspondent“, „ist nichts anzufangen.“ Das ist auch unsere Ansicht. Das Kameruner Hinterland mit Stämmen, die 5000 und 10 000 Bewaffnete stellen, kann mit einer kleinen Schutztruppe nicht erobert werden. Das Reich aber kann nicht über Millionen verfügen, um den Herren C. Woermann und Janzen und Thomae zu neuen Handelsgebieten zu eröffnen — umsonstiger, als, wie der Missionsinspector Dr. Fabri neulich in der Versammlung der Abtheilung Böln der deutschen Colonialgesellschaft mitteilte, die über den Rückgang des Handels von Kamerun in die Oeffentlichkeit gebrachten Angaben sich nur auf die Jahre 1885-1888 beziehen können, „da seitdem ein erfreulicher Fortschritt andauernd eingesetzt ist.“ Wenn die Kameruner Firmen lieber liquidieren wollen, als sich mit dem Handel im deutschen Schutzbereich und mit der auf friedlichem Wege zu erreichenden Erweiterung derselben begnügen, so mögen sie eben liquidieren.

Aus Schlesien, 7. April, wird der „Doss. Itg.“ geschrieben: Dem Cultusminister Graf Bedlich wird rasch eine Gelegenheit geboten, seine Stellung zu der Frage der Simultanschulen hinzugeben. In Gleiwitz ist der aus dem Schloß der Stadtverordnetenversammlung gestellte Antrag auf Umwandlung der dortigen Simultanschulen in confessionelle Schulen mit großer Mehrheit abgelehnt; die unterlegenen Katholiken aber haben beschlossen, von dem Minister die Anordnung zur Beseitigung der Simultanschulen zu erbitten. Ein Grund sich zu beklagen haben die Gleiwitzer Katholiken nicht, da die Zahl der katholischen Lehrer an den Simultanschulen schon jetzt größer ist, als sie bei Errichtung von Confessionsschulen werden würde; es handelt sich also lediglich um eine grundsätzliche Entscheidung.

Lübeck, 9. April. Der frühere langjährige Handelskammer-Präsident Tuchau ist gestern Abend gestorben. Die Schiffe im Hafen sind Halbstock gestellt.

Leipzig, 9. April. Dr. Fleischhauer, Senatspräsident beim Reichsgericht, ist heute früh gestorben.

* Goslar, 9. April. Prinz Reuß, deutscher Botschafter in Wien, verweilt seit gestern in Goslar. Heute wurden zwei Söhne desselben, außerdem ein Prinz Hohenlohe als Schüler des hiesigen Gymnasiums aufgenommen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 9. April. Der Kaiser Franz Josef begiebt sich am 11. April zu zweitägigem Besuch des Prinzen Leopold und der Prinzessin Gisela nach München.

Schweiz.

Bern, 9. April. Die Anklagekammer des Bundesgerichts hat Castioni wegen Mordes und 21 anderer, am Tessiner Aufstande beteiligte Personen wegen Insurrection vor die eidgenössischen Geschworenen verwiesen.

(W. L.)

Frankreich.

Paris, 9. April. Das Schwurgericht verurteilt zwei Anarchisten wegen Verbreitung eines Londoner Anarchistenorgans zu zweijährigem Gefängnis.

— Die Liberté verzeichnet Gerüchte betreffs eines gegen Frankreich gerichteten Dölvoreins. Das Blatt warnt die Regierung und das Parlament nochmals sehr dringend vor den Gefahren des Protectionismus, welcher Frankreich ökonomisch isolire und hinsichtlich der äußeren Politik die schwierigste Situation bereite.

(W. L.)

Paris, 9. April. Mehrere Journale berichten über Schwierigkeiten, welche die Royal-Niger-Companie dem Agenten des Syndicats vom Ober-Benito, Milion, bei seiner Niger-Expedition bereitet hat und fordern das Syndicat auf, die Intervention der Regierung zu beanspruchen, damit die Niger-Companie angehalten werde, für die Geldverluste eine Entschädigung zu leisten.

Es verlautet, der Marineminister habe angeordnet, daß alle mobilisierbaren Kriegsschiffe häufig stets mit entsprechenden Pulver- und Munitionsquantitäten versehen sein müßten.

England.

London, 9. April. Der Gemeinderath beschloß, dem Deutschen Kaiser bei seinem Besuch in England eine Begrüßungsadresse im goldenen Rahmen zu überreichen.

(W. L.)

London, 9. April. Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Mombas gemeldet wird, hat die englische ostafrikanische Compagnie eine pro-

clamation veröffentlicht, in welcher sie alle Gruben und das Recht, in dem Gebiete der Gesellschaft nach Mineralien zu graben, ausschließlich für die Inhaber von Freibrief

mehr worden, welcher von Neustadt ausgeht und endet. Der erste dieser beiden Züge fährt von Neustadt um 5 Uhr 52 Minuten Morgens ab und trifft hier um 7 Uhr 15 Minuten ein, der zweite fährt hier um 10 Uhr Abends ab und langt um 11 Uhr 11 Min. in Neustadt an. Dieser Zug entspricht einem oft geäußerten Wunsche der Bewohner der Kreise Neustadt und Puck, welche durch denselben eine erheblich verbesserte Verbindung mit der Provinzialhauptstadt erlangen. Eine wesentliche Unwaltung hat der Fernverkehr auf der Strecke Danzig-Dirschau erfahren, denn während in früherer Zeit jeder Passagier in Dirschau umsteigen mußte, ist dieses jetzt für die Reisenden, die in der Richtung nach Königsberg und umgekehrt fahren, befehligt, da die beuglichen Wagenparks von Danzig ausgehen und in Danzig enden. Nur für diejenigen Passagiere, welche die von Berlin kommenden Courierzüge benutzen wollen, ist ein Umsteigen nach wie vor in Dirschau nothwendig. Es sind dabei in Folge des veränderten Betriebes einige Veränderungen gegen den vorjährigen Fahrplan zu verzeichnen. Der erste Zug fährt von Danzig Legesthor um 4 Uhr 30 Min. Morgens ab und trifft bereits um 10 Uhr 8 Minuten in Königsberg ein. Der zweite Zug fährt um 5 Uhr 50 Minuten ab und geht ohne Aufenthalt auf den Zwischenstationen nach Dirschau, wo er um 6 Uhr 24 Minuten ankommt und Anschluß an den Berliner Nachtcourierzug findet. Die Passagiere und die Postfahnen des Courierzuges, welcher 10 Minuten früher eintrifft als im Vorjahr, fahren 6 Uhr 46 Minuten Morgens von Dirschau ab und treffen 7 Uhr 32 Minuten hier ein. Auch hier ist eine für Danzig günstige Veränderung eingetreten, da die Warfzeit auf den Courierzug von 10 Minuten auf 15 Minuten erhöht worden ist und somit das Ausbleiben der Post wohl seltener vorkommen dürfte als bisher. Der dritte Zug fährt nicht, wie bisher, um 7 Uhr 50 Minuten Vormittags, sondern erst um 8 Uhr ab, dagegen ist der vierte Zug um 5 Minuten früher gelegt und fährt bereits 11 Uhr 10 Minuten Vormittags ab. Die Nachmittagszüge zeigen keine Veränderungen, nur die beiden Abendzüge, welche im Vorjahr um 10 Uhr 46 Minuten und 11 Uhr 29 Minuten abgingen, sind zu einem Zuge verschmolzen, welcher um 10 Uhr 9 Minuten Abends abgeht. Dem entsprechend sind auch die beiden letzten Züge von Dirschau in einen Zug zusammengelegt, welcher um 11 Uhr 11 Minuten von Dirschau abfährt und um 11 Uhr 57 Min. Nachts hier ankommt. Eine wesentlich bessere Verbindung ist mit Elbing und Marienburg hergestellt worden, indem der Zug, welcher um 7 Uhr 46 Minuten Abends hier abgeht, nach Elbing durchgeführt wird, wo er um 9 Uhr 59 Minuten Abends ankommt. Ebenso wird der um 1 Uhr 50 Minuten von hier abfahrende Zug nach Marienburg durchgeführt und läuft dort um 3 Uhr 10 Min. Nachm. ein. Die entsprechenden Gegenzüge gehen von Elbing um 7 Uhr 12 Min. Vormittags (Ankunft in Danzig 9 Uhr 48 Min.) und in Marienburg um 4 Uhr 38 Min. Nachm. ab (Ankunft in Danzig 6 Uhr).

Es fahren demnach die Lokalzüge nach folgendem Fahrplan:

a. Strecke Danzig-Zoppot:

Von Danzig (nach Zoppot): 6.35, 7.35, 8.35, 9.35, 10.35, 11.35 Vormittags; 12.35, 1.35, 2.35, 3.35, 4.35, 5.35 Nachmittags und 6.35, 7.35, 8.35, 9.35, 10.35 Abends, sowie an den Sonntagen, Mittwochen und Donnerstagen 2.5 und 3.5 Nachmittags.

Von Zoppot (nach Danzig): 7.5, 8.5, 9.5, 10.5, 11.5 Vormittags; 12.5, 1.5, 2.5, 3.5, 4.5, 5.5 Nachmittags und 6.5, 7.0, 8.5, 9.5, 10.5, 11.5 Abends, sowie an den Sonntagen, Mittwochen und Donnerstagen 8.35 und 9.35 Abends. Gämmlische Züge haben eine Fahrgeschwindigkeit von 20 Minuten.

b. Strecke Danzig-Neufahrwasser:

Von Danzig (Hohethor-Bahnhof): 5.35 Morgens, 6.35, 7.35, 8.35, 9.35, 10.35, 11.35 Vormittags; 12.35, 1.35, 2.35, 3.35, 4.35, 5.35 Nachmittags und 6.35, 7.35, 8.35, 9.35 und 10.35 Abends.

Von Neufahrwasser 6.9, 7.9, 8.9, 9.9, 10.9, 11.9 Vormittags; 12.9, 1.9, 2.9, 3.9, 4.9, 5.9 Nachmittags und 6.9, 7.9, 8.9, 9.9, 10.9, 11.9 Abends.

* [Zu den russischen Ausweisungen] berichtet heute die „A. S. A.“ aus Königsberg:

„Dass bei den Ausweisungen deutscher Unterthanen aus Russland die seiner Zeit getroffenen militärischen Anordnungen sehr wenig beachtet werden, dafür konnte man gestern Abend auf dem hiesigen Ostbahnhof einen neuen Beweis erhalten. Es trafen dasselbst zwei ausgewiesene Handwerkermänner ein, welche seit elf Jahren in Russland in einem 15 Werst hinter der russischen Grenzfeste Taurrogen belegenen Dörfern wohnten. Sie waren fleißige Menschen, hatten auf allen großen Gütern der Umgegend zu thun und sich langsam ein kleines Vermögen gespart. Das war ihr Unglück; aus Neben wurden sie, indem man ihnen alles Mögliche zur Last legte, denuncirt, und die Folge davon war: erstens eine lange, peinliche Untersuchung, die nichts ergeben hat, und dann die Ausweisung. Da sie keinen Grundbesitz hatten, sollten sie in acht Tagen Russland verlassen. Obgleich sie nun ihre Sachen für die Hälfte des Wertes den Nachbarn anboten, kauften ihnen niemand etwas ab, was übrigens von den russischen Dorfmeistern verabredet gewesen sein soll, damit man später sich den Raub womöglich unsonsttheilen könne. Die ihnen gesetzte Frist verstrich, und da nichts half, um diese zu verlängern, mußte die ganze Einrichtung dem Dorfschulzen übergeben werden, der ihnen versprach, dieselbe „möglichst teuer“ zu verkaufen. Bis sie nun ihr baares Vermögen in der Eile zusammenbrachten, war die Ausweisungsordre aber doch um 8 Stunden überschritten, und nun wurden sie per Escorte, wie Verbrecher, bis auf das Sollamt Taurrogen gebracht, wo sie nicht nur durchsucht, sondern auch einem langwierigen Verhör wegen Übertretens des Ausweisungsbefehls unterzogen wurden. Dann wurden sie wieder von zwei russischen Soldaten bis zur Grenze gebracht und ihrem Geschick überlassen. Der Amtsleiter in dem diesseitigen Grenzorte Langhagen nahm mit den Leuten eine Verhandlung auf, welche mit einer Beschwerde dem hiesigen russischen Consulat vorgelegt werden wird. Die Beschwerde soll wenigstens den Zweck haben, daß die zurückgebliebenen Sachen der Leute gerecht werden. Sie so schwer bestroffenen begaben sich nach ihrer Heimatprovinz Pommern.“

* [Landwirtschaftliche Situation.] Die Vegetation ist jetzt, wo wir uns der Mitte des April nähern, noch beinahe völlig tot und die Aussichten für die Saatfelder sind auch da, wo Nässe und Kälte ihnen nicht geschadet haben, keineswegs erfreulich. Es fehlt an leichtem warmen Regen, ohne den die Wintersäaten, Gräser etc. nicht wieder zu neuem Leben erwachen können. Diebstalls sind, wie heute auch die Westpreußische Landw. Mith. bemerken, durch dieses anhaltend ungünstige Wetter die Roggenfelder noch weiter

beschädigt und es wird diese Frucht einen äußerst unbefriedigenden Stand aufweisen. Da aber in dem überwiegend größten Theile der Provinz Roggen der hauptsächlichste Strohlegerant der Wirtschaft ist, so muß man sich im allgemeinen auf eine schwache Strohrente gefaßt machen.

* [Personalien bei der Ostbahn.] Der Eisenbahnbau- und Betriebs-Inspector Henning in Halberstadt ist nach Allenstein, der Regierungs- und Baurath Paffen in Allenstein nach Braunschweig verlegt. Die Stationsdirektoren Sommer und Manke in Danzig sind zu Stationsassistenten ernannt worden. Verekt sind: Stationsvorsteher 1. Klasse Haupt in Stargard in Pommern nach Stettin; Stations-Vorsteher 2. Klasse Umann in Graudenz nach Osterode; Helmke in Simonsdorf nach Mohrungen und Löwen in Osterode nach Graudenz; die Güterexpedienten Appel in Neufahrwasser nach Danzig 1. Th., Gerlach in Elbing nach Wreschen und Müller in Belgard nach Neufahrwasser; Stationseinnehmer Techstädt in Danzig 1. Th. nach Danzig 1. Th.; die Stationsassistenten Böde in Mohrungen nach Simonsdorf, Carnuth in Langfuhr nach Praust, Gummert in hohenstein nach Langfuhr, Airländer in Schlobitten als Stationsassistent nach Elbing, Röpp in Schnecke als Stationsassistent nach Danzig 1. Th., Kriegs in Neuteich als Stationsassistent nach Danzig 1. Th., Kriegs in Neuteich als Stationsassistent nach Gobowin nach Schnecke; die Stationsassistenten Ewallmann in Dirschau nach Neuteich, Gibat in Danzig Olivaer Thor nach Danzig Legesthor, Heinrich in Danzig Legesthor nach Danzig Hohethor, Koller in Thorn nach Rulmsee, Müller III. in Schlawe als Stationsassistent nach Pottangow, Niße II. in Hebron-Damitz nach Ruhnow, Rökenkratz in Neufahrwasser nach Schlobitten, Witt in Bischofsweder nach Lessen. Dem Regierungsrath Dr. Wollenberg in Allenstein ist die ständige Vertretung des Directors des k. Eisenbahn-Betriebsamts daselbst übertragen.

* [Verein „Frauenwohl“.] Gestern sand in der Aula des städtischen Gymnasiums die Generalversammlung des Vereins „Frauenwohl“ statt. Fr. Dr. Baum eröffnete die Sitzung und gab den Rechenschaftsbericht, an den sich der Kassenbericht des Fr. Nathan schloß. Die Einnahme des Vereins betrug 1825, die Ausgabe 880 Mk., Kassenbestand 925 Mk. Die Hochsule führt eigene Verwaltung und ist in dieser Summe nicht enthalten. Die darauf folgende Neuwahl des Vorstandes ergab den alten Vorstand, nur in Stelle eines ausgeschiedenen Mitgliedes wurde Frau Dr. Baumbach gewählt. Der Vorstand von 25 Mitgliedern wählt als erste Vorsitzende Frau Dr. Heidsfeld, als zweite Vorsitzende Frau Dr. Baum, alsstellvertretende Frau Dr. Dritt, als erste Kassenführerin Fräulein Nathan, als zweite Fräulein Biemsen, als erste Schriftführerin Frau Dr. Werner, als zweite Fräulein Hugo. Dem Rechenschaftsbericht entnehmen wir Folgendes: Der Verein wurde im April vorigen Jahres als Zweigverein des Berliner „Frauenwohl“ mit 100 (jetzt 315) Mitgliedern gegründet. Sein Bestreben ist die Erweiterung des Arbeitsfeldes für Frauen auf gewerblichem und wissenschaftlichem Gebiet, und bessere Erziehung des weiblichen Geschlechts zu allen Berufen. In den zu diesem Beobachtung stattfindenden Verhandlungen wurden folgende Vorträge gehalten: Über Zweck und Einrichtung von Hochschulen, Fr. Dr. Baum; über die Frauenfrage im Mittelalter, Herr Archidiakonus Berling; über die Mütter und Frauen deutscher Dichterfürsten, Herr Rabbiner Dr. Werner; den letzten Vortrag, „Was können Vereine zur geistigen und sittlichen Erziehung der Tochter des Volkes thun“, hielt Fr. Dan aus Leipzig. Als erstes Unternehmen traten am 15. Mai die Bildungsabende für den Beruf stehende Mädchen in Leben, die mit 65 Schülerinnen mit kurzer Unterbrechung der Ferien bis jetzt bestehen. Im Anschluß an diese Kurse wurden Gesellschaftsabende eröffnet, welche einerseits den jungen Mädchen dieser Kurse Gelegenheit zu edler Geselligkeit geben sollte, andererseits die Vereinsmitglieder mit einander bekannt machen sollten. Es fanden 3 solcher Abende statt, die sich der regsten Theilnahme erfreuten. Am 1. Oktober wurde die Hochschule im Vorstd. Graben Nr. 62 eröffnet mit 20 Schülerinnen, unter denen zwei Freischülerinnen. Der Kursus ist monatlich. Die Leitung der Schule ist den Händen von Fr. Doig anvertraut, die aus der besten Schule Deutschlands, der des Fr. Fürst. aus Kassel, stammt. Die bereiteten Speisen werden heils im Hause, theils als Menagen abgegeben. Im November wurde die Vereins-Bibliothek, die in den Räumen der Hochschule aufgestellt ist, eröffnet. Dieselbe enthält 462 Bände und hat bis jetzt 81 Abonnenten. Am 15. April beginnt im städtischen Lazareth Sandgrube ein Krankenpflegerinnen-Curriculum, zu dem noch Meldungen gebildeter Damen, die sich zu Oberärztinnen oder zu Privatschwestern ausbilden wollen, entgegen genommen werden. Im ganzen kann der Verein mit dem in diesem Jahre geleisteten zufrieden sein. Wenn trotzdem viele Erwartungen geäußert wurden, so liegt das daran, daß viel Unklarheit über die Ziele des Vereins herrscht, der sich eben nur ein kleines Gebiet als Arbeitsfeld erwählt hat, auf dem er hoffentlich im neuen Jahr noch bessere Erfolge erzielen wird.

* [Thierschukverein.] In einer Vorstandssitzung hatte, wie wir j. S. berichtet haben, der Thierschukverein beschlossen, Brüderhäuser am Grünen- und Langgässerthor anbringen zu lassen, um dem Publikum Gelegenheit zu geben, beobachtete Thierschukvereine auf bequeme und schnelle Art zur Anzeige zu bringen. Dem Verein ist nunmehr vom Magistrat der Befehl zugegangen, daß derselbe das Anbringen eines Briefkastens am Grünenthor gestattet, dagegen mit Rückblick auf die knappen Raumverhältnisse des Langgässerthores vorschlägt, den zweiten Briefkasten am Stadthaus anzubringen.

* [Der westpreußische Feuerwehr-Verband] scheint jetzt seiner Auflösung entgegen zu gehen. Der Vorsitzende desselben, hr. Ewe-Kuhn, kündigt an, daß er in der diesjährigen Generalversammlung zu Marienwerder den Auflösungsantrag stellen werde. Da eine größere Anzahl Feuerwehren zum Eintritt in den Verband nicht zu bewegen gewesen ist, sind alle Bemühungen, eine gemeinsame Unfallversicherung sowohl durch Mithilfe der Provinz wie durch das Eintreten der Städte zu erzielen, gescheitert und es bleibt für den Verband bei der großen Laufzeit in den meisten Wahlen eine ersprießliche Wirkksamkeit kaum noch übrig, denn das bloße jährliche Zusammenkommen könnte sein Weiterbestehen kaum rechtfertigen.

* [Ausstellungslotterie.] Dom 21. bis 24. Mai findet, wie schon öfter erwähnt, in Elbing in Verbindung mit der Provinzial-Thierschuk eine gewöhnliche Ausstellung statt, die durch die zahlreichen Anmeldungen, welche bis jetzt erfolgt sind, eine reiche zu werden verspricht. Den Generalvertrieb der Lose für die mit denselben verbundene Lotterie haben die Buchhandlungen von Theodor Berling hier selbst und Karl Meissner in Elbing übernommen.

* [Lotterie.] Dieziehung der dritten Klasse der 184. preußischen Lotterie wird am 11., 12. und 13. Mai abgehalten werden.

* [Pferderennen.] Am 24. Mai, Nachmittags, wird bei Elbing gelegentlich der landwirtschaftlichen Provinzial-Ausstellung ein von dem Danziger Reiterverein veranstaltetes Rennen stattfinden. Das Programm dazu wird ungefähr folgendes sein: 1. Handicap-steeple-chase, 2. Halbst.-Jagdrennen, 3. Hürden-Rennen, 4. Rennen für ländliche Reiter.

sand er das Haß völlig eisfrei. — Nachdem soeben ausgegebene Jahresbericht des hiesigen Baterländischen Frauenvereins fährt derselbe jetzt 245 Mitglieder. Die Gesamteinnahme betrug 9902, die Ausgabe 7899 Mark. Der Reservesonds beträgt 1845, der Pensionsfonds 537, der Fonds zur Ausbildung von Krankenträgerinnen 199 Mark. Gehr segensreich wirkte der Verein durch Vertheilung von 5599 Mark an die 1888 von der Ueberschwemmung Geschädigten.

Graudenz, 9. April. Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern Nachmittag auf dem Militärschießrange im Stadtalte. Der als Scheibenanziger fungirende Gefreite Neumann der 3. Compagnie des 141. Infanterie-Regiments sprang, um die nach dem Anzeigen eines Schwies von dem heftigen Winde umgeworfene Scheibe wieder aufzurichten, noch einmal aus der Deckung hervor, als schon ein neuer Schwie im Anschlag lag; in demselben Augenblick krachte der Schwie, und in den Unterleib getroffen, stürzte der unglüchliche Soldat zu Boden und hauchte nach wenigen Minuten sein Leben aus. Der Geschossene war der einzige Sohn eines Mühlensbesitzers in Schleiden. Der Bruder des Geschossenen starb seiner Zeit als Cavalierist in Folge eines Sturzes vom Pferde. (Ges.)

Th. P. Königsberg, 9. April. Wie wenig die von hier nach Berlin gemeldete Beschäftigung mit der Fortschaffung der allerdings ungewöhnlich starken Massen von Schnee und Eis der großen Zahl der Brodlosen eine „ausreichende“ Beschäftigung hat bieten können, dafürzeugt die ungewöhnlich hohe Anspruchnahme der Arme-Suppenanstalt, der beste Gradmesser für den Beschäftigungsstand unserer außer festem Erwerb stehenden – arbeitenden Klassen. Der redaktionelle Zweifel in der „Danz. Stg.“ war gegenüber jener schönerberberischen Notis völlig am Orte. Es sind in 71 Tagen zusammen 137450 Portionen, im Durchschnitt pro Tag 1936 Portionen vergeben worden. Gerade in den letzten Tagen vor Schluss der Anfang ist aber die Entnahme über den Durchschnitt, auf 2100 Portionen gestiegen. Die Zustimmung einer unserer freien Zeitungen bezieht sich auch wohl auf das Anerkennens des Berliner Blattes, daß die Lebensmittelpreise in einzelnen Artikeln noch mehr in die Höhe gegangen sind. — Seit gestern sind Schiffe bereits ohne Hilfe des Eisbrechers von Pillau hier eingekehrt und damit ist die volle Eröffnung der Schiffahrt zu constatiren. Noch liegt freilich das Eis unseres Schlesischen ohne Bewegung fest und so lange dieses vorhält, pflegt erfahrungsmäßig auch die Haßfahrt durch Treibes gefördert zu werden. — Unser Verein „Frauenwohl“ mit seinen 270 Mitgliedern aus Stadt und Land geht rüdig vorwärts, seine Monatsversammlungen finden beständig rege Theilnahme. — Nach Erklärung des Oberbürgermeisters in der letzten Stadtverordnetenversammlung soll in nächster Zeit ein vollständiger Canalisationsplan zur Vorlage kommen, der eine besondere Regulirung des Zuggrabens und des Licentengrabens untrüglich macht. Die Hauptfrage dabei ist in welcher Weise die Fäkalstoffe beseitigt werden sollen; eine so baldige Inangriffnahme der Gesamtcanalisation, wie sie unser Stadtoberhaupt erwartet, ist durchaus nicht wahrscheinlich; es wird noch jahrelange Verhandlungen kosten, bis das Project aufgestellt und von allen Instanzen gebilligt ist. Die Bewohner am Licentengraben verlangen aber immer stürmischer schnelle Beseitigung der von Jahr zu Jahr unerträglicher werdenenden Nebelstände. — Denjenigen in Danzig und Westpreußen, die einst die Albertina besucht, wird die Nachricht vielleicht nicht ohne Interesse sein, daß die „Wolfschlucht“ im Mühlengrunde mit all ihrer Eigenhümlichkeit, den alten Möbeln und Bildern, dem 150 Jahre alten Klappstuhl vor dem Spiegel, dem Braunbier und den See- und Meerhunden noch von der Zeit unberührt geblieben. Nur kniehnen exigieren nicht mehr; der alte Bächer ist tot, der sie baut, und an Stelle des alten Frauchens, das sich dem 100. Jahre näherte, waltet jetzt in den alten Räumen ihr nun 67 Jahre altes Fräulein Tochter, die der Mutter Rüstigkeit, aber nicht ihre sprudelnde Lebhaftigkeit geerbt zu haben scheint. Von Studenten wird das Lokal fast gar nicht mehr besucht; der heutigen Studentenwelt ist dasselbe nicht patent genug.

(Weiteres in der Beilage.)

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 9. April. Eine schreckliche Blutthätte, welche vielleicht zwei Menschenleben kosten wird, hat sich der „Nat. Alc.“ zufolge in der vergangenen Nacht in der Händelstraße 5 jugend. Im Erdgeschöß wohnt Frau Gött mit ihrem erwachsenen Sohn und ihrer Tochter. In der vergangenen Nacht nun erhob sich der Sohn von seinem Lager, ergriff das Küchenbeil und führte gegen den Kopf der Mutter eine Anzahl heftiger Schläge, welche die Frau unweichhaft sofort getötet haben würden, wenn sie nicht zum Schutz die Hand über den Kopf gehalten hätte. Die durch den Lärm erweckte Schweiß des Kindes flüchtete sich durch das Fenster ins Freie, die Mutter vermochte mit Aufbietung aller Kraft sich bis ins Nachbarhaus zu schleppen. Doch brach sie bewußtlos zusammen. In der eben verlassenen Wohnung fand man bald darauf ihren Sohn mit durchschnittenem Halse. Er hatte die Wunde mit einem scharfschärflichen Küchenmesser beigebracht. Auch er lebte noch, doch muß man annehmen, daß beide jetzt im Krankenhouse befindlichen Schwerverletzten sterben werden. Über das Motiv sind verschiedene Gerüchte im Umlauf. Nach der einen Angabe ist der Sohn durch schlechten Geschäftsgang — er betrieb einen Speisekeller — schwermüthig geworden. Nach einer anderen Mithilfe drohte der Mutter eine aus Mißverständnissen erwachende Anklage wegen Diebstahls und der Sohn sei darüber zur Rajerei getrieben worden.

* [Fr. Clara Meyer] ist bei ihrem Scheiden von der Bühne vom Kaiser zum Ehrenmitglied des kgl. Schauspielhauses ernannt worden.

(Weiteres in der Beilage.)

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 10. April. (Privattelegramm.) Im Abgeordnetenhaus wurde heute der conservative Antrag zu § 14 a. der Landgemeindeordnung, welcher die Statuten und Observanzen bis zum Erlaß eines Communalsteuergesetzes bestehen lassen will, nach lebhafter Debatte trotz des entschiedenen Widerstands des Ministers mit Hilfe der Majorität des Centrums angenommen.

Danziger Börse.

Amtliche Notrungen am 10. April.

Weizen loco niedriger, per Tonne von 1000 Kilogr. feingefügt u. weiß 126-136 182-222 M.Br. hochbunt 126-134 181-221 M.Br. hellbunt 126-134 180-220 M.Br. M bez. 125-132 177-218 M.Br. rot 126-134 181-173 218 M.Br. ordinär 120-130 162-214 M.Br. Regulierungspreis bunt lieferbar transit 1264 174 M. zum freien Verkehr 1284 218 M. Auf Lieferung 1264 bunt per April-Mai transit 174 M. bez. per Mai-Juni transit 174 M. bez. per Juni-Juli transit 174 M. bez. per Juli-August transit 171 M. Br. 170 M. Od. per September-Oktober transit 167 M. Br. per Oktober-November transit 166 M. Br. 165 M. Od.

Roggen loco unverändert, per Tonne von 1000 Kilogr. grobholziger per 1204 inländ. 166-170 M. transit 130 M.

Regulierungspreis bunt lieferbar transit 1264 174 M. zum freien Verkehr 1284 218 M. Auf Lieferung 1264 bunt per April-Mai transit 174 M. bez. per Mai-Juni transit 174 M. bez. per Juni-Juli transit 174 M. bez. per Juli-August transit 171 M. Br. 170 M. Od. per September-Oktober transit 167 M. Br. per Oktober-November transit 166 M. Br. 165 M. Od.

Roggen loco unveränd

Neue Synagoge.

Gottesdienst.

An den Wochentagen Abends

6½ Uhr, Morgen 7 Uhr.

Heute Nacht wurde uns ein

Junge geboren.

Danzig, 10. April 1891.

Breuke und Frau,

Departements-Thierarzt und

Veterinär-Arzt.

Die Beerdigung des Schiff-

captains Carl Lisch findet

Sonntag, den 12. Vormittags

11½ Uhr, von Trauerhalle, Rähn-

Nr. 16, nach dem Johanniskirch-

hof, an der Allee, statt. (7168)



Dampfer *Nerun*, Capitän
Güthe, lädet Güter in der Stadt
und Neufahrwasser nach Dirschau,
Mewe, Kurzbrück, Neuenburg,
Grauden, Schwedt, Culm.
Güteranmeldungen erbittet

Ferdinand Arah,
Schäferstr. 15.

Loose der Görlitzer Rothen

Kreuz-Lotterie à 1 M.

Loose der Stettiner Pferde-

Lotterie à 1 M. (6377)

Loose der Königsberger Pferde-

Lotterie à 1 M.

Loose der Elbinger Ausstellungs-

Lotterie à 1 M.

Loose der Schneidemühle Pferde-

Lotterie à 1 M. bei

Th. Bertling, Gerbergasse Nr. 2.

Mein Geschäft befindet sich jetzt

Heil. Geistgasse 60,

vis-à-vis dem Gewerbehause.

H. C. Heldt, Maler.

Leihbibliothek

von Emma Duske, jetzt Jopen-

gasse Nr. 10. (6706)

Ich habe meine Wohnung vom

Altstädtischen Graben 68 nach

Tobiasgasse Nr. 34

verlegt.

Louise Fehlauer,

Bezirks-Hebamme.

Danzig, den 1. April 1891.

Ich bin verlogen nach

Pfefferstadt Nr. 8.

Cäcilie Fischer,

vereidigte Hebamme.

Damen finden Rath, Hilfe und

Bestand in allen vorkommenden

Fällen. (7172)

Slavier-Unterricht.

(Methode Professor Kaver Schar-

nenhoff). Einige Stunden hat noch

zu beziehen. (6715)

Elisabeth Mappes,

Brodbänkengasse 46.

Violin-

und

Slavier-Unterricht

ertheilt

Friedrich Laade,

Hundegasse 119.

Frischen

ital. Blumenkohl,

neue Malta-Kartoffeln,

ff. Matjes-Heringe,

frische Kieler Sprotten,

empfiehlt

Max Lindenblatt,

Heil. Geistgasse 131.

Größere Partie

geschl. Bomm. Apsel,

pr. Cir. 40 M. hat abzugeben

Magnus Bradtke.

Prima Tafelbutter,

täglich frisch pr. 1.20

empfiehlt

C. Bonnet, Neugasse 1.

Dr. Spranger'scher Lebensbalsam

(Einreibung). Unübertrifftene

Mittel gegen Rheumatismus,

Gicht, Reichen, Kahn-, Kopf-,

Kreuz-, Brust- und Ge-

nidschmerzen, Übermüdung,

Schwäche, Anspannung, Er-

lahmung, Herzenskr. Zu hab. i.

d. Apotheken. In Danzig je nur

1. d. Rathsapotheken. Langen-

markt 39, Elefant-Apotheke,

Breitgasse 15 u. in den Apotheken

Breitgasse 97, Langgasse 106,

Langgasse 72, à Flacon 1 M.

8 Brodbänkengasse 8.

Täglich frische feinstes Centri-

fugen-Tafelbutter, feinstes ge-

festigte Land-Leber-Trüffel-

Gardellen, Blut- u. Gervelat-

murst, der Gothaer nicht nach-

stehend, empfiehlt (6523)

G. Meves.

Weißger-Neuhausen, ff. mari-

nirt, billist, Lestadie 24,

partnerre. (7193)

Garten-Anlagen

jeder Art und Größe, ent-

wirkt und führt aus, auch

einschließlich der Lieferung

des gesammten Pflanzen-

materials (6251)

Georg Schnibbe, Danzig,

Gehlmühler Weg 3—6.

(Eisenbahnstelle „Neu-

sachsen“).

Preis-Verzeichnisse meiner

Handelsgärtnerei, Baum-

schule u. Gaumenhandlung,

liegen Holtzstr. 1. Diensten.

Stotternde

finden gründliche und schnelle

Heilung in der Anstalt von

A. Arndt, Berlin NW.

Schumannstraße 1^o.

Wer keine Badeeinrichtung hat,

schreibe an d. bekannte Fabrik

Z. Wenzl, Berlin W. 41. Preiscl. gr.

Nicht Pastillen

sonder

Mineralsalze

die in diesen enthaltenen
allein wirken heilkrafftig bei Husten, Heiserkret, Verschleimung u. s. w. Jeder versuehe deshalb in eigenem Interesse das von

tausenden von Aerzten erprobte und begutachtete natürliche echte Wiesbadener Kochbrunnen-Quell-Salz. Der Inhalt eines

Glases davon (Preis 2 Mark) entspricht dem Salzgehalt und der Wirkung von 35—40 Schachteln Pastillen. Käuflich in den Apotheken und

Mineralwasserhandlungen u. s. w.

Langgasse 67, 2. Etage, ist eine herrschaftliche Wohnung, 4 zusammenhängende, geräumige Zimmer, Küche, Speise- u. Mädchenkammer nebst Zubehör sofort zu vermieten.

F. W. Buttkammer.

Lotterie

Gewerblichen Ausstellung in Elbing.

Ziehung: 25. Mai 1891.

Jedes 15. Loos gewinnt!

Loose à 1 M., 11 Loos für 10 M. sind zu bezahlen durch die Generalunternehmer (7187)

Carl Meissner und Theodor Bertling,
Clibing, Danzig,
und die durch Plakate kenntlichen Handlungen.

Jedes Loos
nur

1 Mark.

Rothe Kreuz-Lotterie
Ziehung bestimmt 17. und 18. April cr.

Porto und
Liste 30 Pfg.

J. Eisenhardt,
Berlin C., Kaiser Wilhelmstr. 49.

Rächste Ziehung schon am 17. April cr.

à 1 M.

Rothe Kreuz-Loose
Stettiner Pferde-
Schneidemüller

terior empfiehlt

Gr. Wormser Geld-Lotterie

Hauptsumme 75000, 30000 etc. Mk.

Originalloose à 3,50 Mf., Anteile: 1/2 1,75, 1/4 1 Mf.

Jeder Sendung sind für Porto 10 S. für jede Liste 20 S. extra beizufügen. (6759)

Neubauer & Rendelmann,
Telegr.-Adr.: Millionenhaus.

Schnellpolitik,

vorzüglichstes Mittel zum bequemen Reinigen und Aufpolieren aller Arten Möbel, sowie

Möbelpoliturnomade

empfiehlt die Drogenhandlung von

Carl Paetzold,
Hundegasse Nr. 38.

Frisch gebrannten
Stückkalk

aus unserer Kalkbrennerei
offerieren

L. Haurwitz u. So.,
Legan, Schellmühl 12/13 u.

Hundegasse 102.

Billards

werden neu bezogen. Queues werden nach meiner Methode

dauerhaft belebt, die vorzügl. Haltbarkeit kann durch Empfehlungen nachweisen.

Felix Gopp, (7175)
Brodbänkengasse 49, geradeüber der gr. Krämergasse.

Hedelijenbahnen

kauft in kleinen und großen Posten

L. Kuhl,
Ritterhagergasse 11/12.

Stroh

kauft in kleinen und großen Posten

Minervad. Dr. Aumann's

Milch.

Größere und kleinere Posten

W. Kranki, Wittow.

verschiedene Sorten

verschiedene Sorten

verschiedene Sorten

Beilage zu Nr. 18843 der Danziger Zeitung.

Freitag, 10. April 1891.

Reichstag.

94. Sitzung vom 9. April.

Die zweite Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle (Arbeitschutzgesetz) wird fortgezogen.

§ 125 lebt für den Contractbruch eine Buße fest, indem bestimmt wird, daß, falls ein Geselle oder Gehilfe rechtswidrig die Arbeit verlassen hat, der Arbeitgeber als Entschädigung für den Tag des Vertragsbruches und jeden folgenden Tag der vertragsmäßigen oder gesetzlichen Arbeitszeit höchstens aber für eine Woche, den Betrag des ortsüblichen Tagelohnes fordern kann. Diese Forderung soll an den Nachweis eines Schadens nicht gebunden sein. Durch ihre Geltendmachung wird der Anspruch auf Erfüllung des Vertrages und auf weiteren Schadenersatz ausgeschlossen. Dasselbe Recht soll den Gesellen oder Gehilfen gegen den Arbeitgeber bei unrechtmäßiger Entlassung zustehen. Die Verleitung zum rechtswidrigen Verlassen der Arbeit macht den neuen Arbeitgeber dem früheren gegenüber bei den entstandenen Schäden als Selbstschuldner verhaftet.

Ein Antrag Kauer (Soc.) will den § 125 streichen.

Ein Antrag Payer (Volksp.) will nur den Arbeitgeber strafbar machen, der zum Contractbruch verleitet oder einen contractbrüchigen Arbeiter beschäftigt, den übrigen Theil des Paragraphen aber streichen.

Ein Antrag Krause (Freis.) will eine Entschädigung bei Contractbruch nur bei Nachweis eines Schadens zusprechen.

Ein Compromisantrag Hartmann-Letocha-Möller-v. Stumm will den Arbeitgeber, der eine contractbrüchige Person wissentlich „behält“, dann haftpflichtig machen, wenn seit dem Contractbruch noch nicht 14 Tage verflossen sind.

Abg. Singer (Soc.): Dieser Paragraph macht das ganze Gesetz für die Arbeiter illusorisch. Den Charakter der Strafe, die dem vertragsbrüchigen Arbeiter ertheilt werden soll, kann man auch durch die Bezeichnung „Entschädigung“ nicht nehmen. Die Regierung hat zur Begründung dieser Bestimmungen eine Statistik über die Arbeitseinstellungen in den letzten Jahren aufgemacht. Dazu aber gehört noch eine Statistik über die Gründe zu den Arbeitseinstellungen. Die Arbeiter wurden namentlich im Bergbau vielfach durch die Rücksicht auf die Erhaltung ihres Lebens und ihrer Gesundheit gewungen, die Arbeit einzustellen. Wie kommt man dazu, die Arbeiter zu Staatsbürgern zweiter Klasse zu machen, ihnen zuzutrauen, daß sie weniger die Heiligkeit des Wortes achten als die anderen Bevölkerungsklassen? Der Privatdozent an der Münchener Universität, Dr. Löwenfeld, hat dem gegenüber gerade den Nachweis geführt, daß der Contractbruch der Arbeiter seltener ist, als der der Unternehmer. Ich kann also die Stellung des Ministers in dieser Frage nicht begreifen. Der Minister sollte die schwere Beschädigung, die er der Arbeiterklasse gegenüber gemacht hat, zurücknehmen, da ihm der Nachweis der Unrichtigkeit derselben geführt ist. Ein solcher öffentlicher Ueberstand läßt sich nicht mit mechanischen Maßregeln, mit Strafbestimmungen, beseitigen. Das Arbeiterschutzgesetz, die ganze soziale Reformgelebung, soll doch die sozialen Gegenseite mildern. Das kann aber nur erreicht werden, wenn man Zustände schafft, in denen die Freude an der Arbeit in gleichem Verhältniß stände zu dem Ertrag der Arbeit, und nicht, wenn man durch Bestimmungen, wie die vorliegende, die Lage der Arbeiter noch verschlimmert und sie erbittern muß, wenn man sie wieder unter einen Ausnahmegericht stellt. In dem Augenblick, wo diese Vorlage Gesetz wird, werden alle Arbeiter Socialdemokraten werden, die es bisher noch nicht waren. Dieser Paragraph wird als ein unauslöschliches Brandmal dem Liberalismus für alle Zeiten aufgeprägt werden. Denn einem Mitglied der freisinnigen Partei allein ist die Annahme des Paragraphen in der Commission zu verbanen. Bei den nächsten Wahlen werden Ihnen die Arbeiter die Quittung dafür nicht schuldig bleiben.

Abg. v. Puttkamer (conf.): Der Vorredner meinte, daß die Socialdemokraten die Vertreter der Arbeiter seien. Gestern haben sie sich gelegentlich der Beratung über die Kündigungsfrist als die entschiedenen Gegner der Arbeiter gezeigt. Die einstimmigen Aeußerungen der übrigen Redner haben den Herren wohl gezeigt, daß sie einen taktischen Fehler mit ihrem Antrage gemacht haben. Selbst die Worte des Abg. Hirsch, welcher sonst kaum auf unserer Sympathie rechnen wird, haben auf unserer Seite ein aufrichtiges Bravo erhalten. Von einem Ausnahmegericht ist hier nicht die Rede. Ich gehöre zu denen, die es bedauern, daß das Socialismus nicht verlängert worden ist. Die Socialdemokraten scheinen den Contractbruch der Arbeiter für eine berechtigte Eigentümlichkeit der Arbeiter zu halten. Thatlich ist aber zwischen diesem und einem Contractbruch im sonstigen Verkehr ein Unterschied vorhanden. Wenn ein Arbeiter contractbrüchig die Arbeit niedergibt, um höheren Lohn zu erhalten, so ist das ein rechtswidriger Zwang, welchen er auf den Arbeitgeber ausübt. Eine solche Arbeitseinstellung wirkt nicht nur gegen den Arbeitgeber, sondern auch unmittelbar auf viele weitere Arbeitsgruppen, die von dem Strike gar nichts wissen wollen. Da zeigt sich der große Unterschied zwischen dem gewöhnlichen Contractbruch und einem solchen Contractbruch. Der Abg. Singer hat für Arbeiter und Arbeitgeber das gleiche Recht verlangt. Nun das ist doch hier vorgesehen, da auch der Arbeitgeber haftbar gemacht werden soll. Es kann also von einer Rechtsungleichheit keine Rede sein.

Minister v. Berlepsch: Wir haben zu diesen Bestimmungen die schwerwiegendsten Gründe gehabt. Die Regierung zum Contractbruch hat in einer das öffentliche Wohl überaus bedrohenden Weise zugemessen. Zu der vom Abg. Singer vermittelten Statistik über die Gründe der Arbeitseinstellungen liegt kein Grund vor, es handelt sich nur darum, daß die Arbeitseinstellungen mit Contractbruch erfolgt waren, zu dem kein Grund vorlag. So war der Contractbruch bei dem vorjährigen Arbeiteraustand ganz unberechtigt, denn es handelte sich da nur um Lohnfragen, und diese berechtigen niemals zum Contractbruch. (Abg. Bebel: Und der Contractbruch der Beschenkter?) Ich bin nicht geflossen, auf Unterbrechungen irgendwo zu antworten. Durch den Ausstand einer ganzen Arbeiterklasse wird die ganze Industrie gefährdet. Die Statistik des Dr. Löwenfeld Contractbruch der Arbeiter mit der Nichtbezahlung einer Weinzeche eines Caballiers. In diesem Falle hat nur der creditorische Glaubth einen Schaden, das öffentliche Wohl ist in keiner Weise dabei interessirt. Wenn aber große Massen von Arbeitern mit der bewußten Absicht sich durch unerlaubte Mittel einen Vortheil zu verschaffen, den Contractbruch begehen, so liegt die Gemeinfählichkeit auf der Hand, und der Staat muß eingreifen. Aus dem Beispiel der englischen Ausstände, die alle ohne Contractbruch verlaufen, sieht man, daß es dem Arbeiter durchaus möglich ist, auch ohne Contractbruch berechtigte Forderungen durchzusetzen. Ich bedauere, daß nicht die Regierungsvorlage angenommen ist. Trotzdem sind die verbündeten Regierungen entschlossen, gegen die Commissionsbeschlüsse keinen Widerpruch zu erheben. Mr. Singer hat heute hier die alten Phrasen gebracht von der Vertretung der Unternehmerinteressen. Die Socialdemokraten sollten mit solchen Vorwürfen vorstelliger sein, denn auch sie sind ja nicht frei davon. Ich will nicht den unharmonischen Standpunkt gegenüber der Philharmonie hervorheben (Heiterkeit), sondern ich erinnere Sie an den viel höheren Standpunkt des verstorbenen Karl Marx; lesen Sie doch seinen

Brief vom Jahre 1875, in dem er das socialdemokratische Programm als Phrasen bezeichnete, und in dem er sagt, daß sich die ganzen socialdemokratischen Anschauungen nicht über das Niveau der bürgerlichen Anschauungen erheben. Das ist hart für die Herren. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Der Abg. Bebel hat uns in der Commission gefragt: Ihr mögt ganz gute Leute sein, aber aus dem Unternehmerstiel könnt ihr nicht heraus. Karl Marx sagt: Du magst ein ganz guter Socialdemokrat sein wollen, du bist aber im Unternehmerstiel geboren und kommst dein ganzes Leben nicht wieder heraus. (Beifall, Heiterkeit.) Die Regierung war weiter gegangen in ihrer Forderung, sie wird aber das annehmen, was ihr hier geboten wird. Wenn der Arbeiter den Schuh der Gesehe haben soll, dann soll ihn auch der Arbeitgeber haben. (Beifall, Heiterkeit.)

Abg. Payer (Volksp.): Gegen den zweiten Absatz des Paragraphen haben wir keine großen Einwendungen zu machen, desto mehr aber gegen den ersten. Es ist charakteristisch, daß man das nicht ganz zum Ausdruck zu bringen sich getraute, was man eigentlich wünschte; das zeigt sich durch die Veränderung des Wortes „Buße“ in „Entschädigung“. Die Herren, die den Commissionsbeschluss gefaßt haben, haben selbst das Bewußtsein, daß das, was sie wollen, auf besonderes Wohlwollen in der öffentlichen Meinung nicht stoßen wird. Materiell ist zugegeben, daß es sich hier um das Ausnahmegericht gegen übernehmenden Striken handeln sollte. Hätte man die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung abgewartet, so würde man gesehen haben, daß solche exceptionelle Bestimmungen gar nicht nötig sind. Welche harmlose wirtschaftliche Auffassung ist es zu dem, mit solchen Mitteln, wie dieser Paragraph, einer Lohnbewegung entgegentreten zu können. Zweifellos liegt im Contractbruch eine Rechtswidrigkeit, die übrigens auch seitens der Unternehmer vorkommt; hiergegen ist aber diese befondere Gesetzesmaßregel nicht notwendig. Will man hier das öffentliche Interesse in das Feld führen, so müßte man den gleichen Grundsatz überall einführen, wo das öffentliche Interesse verletzt wird. Es gibt eine ganze Anzahl von Vertragsbrüchen, die gleich schädlich sind, die man aber doch ganz strafflos findet. Diese Bestimmung wirkt einseitig zum Nachteil des Arbeitnehmers, nicht des Arbeitgebers, wenn auch formell die Arbeitgeber in derselben Weise betroffen werden. Dass diese Gleichmäßigkeit nur auf dem Papier vorhanden ist, zeigt sich schon durch den einfachen Umstand der Lohnbelehrungen. Ob der Arbeitgeber im Recht oder im Unrecht ist, immer hat er den als Entschädigung zu zahlenden Lohn in der Hand. Der Arbeiter ist in einer viel schlimmeren Lage. Gerade diese Buße, die in das Gesetz eingeführt werden soll, ist eine förmliche Aufforderung an die Arbeitgeber, überall von ihrem Rechte der Lohnbelehrung Gebrauch zu machen. Das ist schon an und für sich eine Verfehlung der tatsächlichen Machtverhältnisse. Die Arbeitgeber werden, wenn sie vertragswidrig aus der Arbeit entlassen sind, in den meisten Fällen einen größeren Schaden haben, als die Buße beträgt, welche ihnen durch das Gesetz zugesprochen werden soll. Sie werden auf Schaden ersatz auf Grund des gemeinen Rechtes klagen und sich nicht mit der Buße begnügen. Dass der Arbeitgeber im Falle eines Contractbruchs des Arbeiters unter Umständen doch seine Entschädigung nicht wird bekommen können, das muß er Ihnen mit allen wirtschaftlichen Stärken, die mit wirtschaftlich ganz Schwachen einen Vertrag eingehen. Der Arbeitgeber wird in eine überaus günstige Lage gebracht dadurch, daß er keinen Nachweis seines Schadens zu liefern braucht. Es handelt sich hier um ein einheitliches Ausnahmegericht. Wir wollen einen Arbeitertypus einführen in Interesse der Allgemeinheit und des Staates. Manches von dem, was mir geschaffen haben, wird später als nützlich anerkannt werden. Aber wir dürfen uns nicht weitaus hinter den Erwartungen der Arbeiter zurückbleiben. Was wir bis jetzt zu Papier gebracht haben, ist in den gut und wohlwollend geleisteten Betrieben schon seit langen Jahren Praxis. Wir dürfen die Arbeiter nicht noch unzufrieden machen. Ich persönlich möchte lieber das ganze Gesetz nicht haben, als daß nur eine Bestimmung in dem Gesetz ist, die den arbeitenden Klassen auch nur den Anschein erwecken könnte, als ob wir den Arbeitern statt des Brodes das wir ihnen versprochen haben, einen Stein geben wollen. (Beifall links.)

Abg. Guttzeit (frei): Wir sind in der Commission davon ausgegangen, daß von der Arbeitsniederlegung ohne Kündigung meist ein Schaden entsteht, für den eine Entschädigung gerechtfertigt ist, und wenn diese fest normiert wird, ist am besten einer Übervortheilung eines der beiden Theile vorgebeugt. Die gegenwärtige vorgeschlagene Bestimmung enthält andererseits eine Milbung gegen den bisherigen Zustand, durch Beseitigung des Rechtszustandes, daß ein Arbeitgeber, der gutgläubig einen Arbeiter annimmt, ihn aber auch behält, wenn er nachträglich den Vertragsbruch erfährt, erschäftig wird. Der Antrag Hartmann-Letocha will diese Bestimmung allerdings auch hier einfügen; ich werde diesen Antrag aber ablehnen, da ich ihn nicht als gerechtfertigt ansiehen kann. Eine weitere Milbung liegt darin, daß während früher die Arbeitgeber den Lohn der Arbeiter einfach einbehielten, jetzt die Arbeiter denselben zurückverlangen dürfen, und es steht zu erwarten, daß die Arbeitgeber von diesem Rechte recht häufig Gebrauch machen werden. Die Commissionsfassung sollte nach keiner Richtung ein Ausnahmegericht sein. Sie enthält, wenn man alles in allem nimmt, so viel Vortheil für die Arbeiter, daß diese nur dankbar dafür sein können. Wir wollen hier civiles Recht haben, die Herren Socialdemokraten aber verlangen gerade immer öffentliches Recht und bauen damit der Regierung die Brücke, auf der sie gerade gegen die Arbeiter vorgehen kann. Ich kann mit diesem Paragraphen den Arbeitern ruhig gegenüberstehen; denn ich habe dazu mitgewirkt, eine Rechtsfassung für die Arbeiter erzielt zu haben, die annehmbarer ist als das bisherige. (Beifall links.)

Abg. Schädler (Gr.): Wir stehen auf dem Boden der Commissionsbeschlüsse und des Antrages Hartmann u. Gen. Wir stehen auf dem Boden des freien Arbeitsvertrages, ziehen aber die Consequenzen daraus. Wir stellen hier den Verbindlichkeitsbruch unter Entschädigung.

Abg. v. Stumm (Reichsp.): beantwortet die Annahme des Antrages Hartmann. Die Ablehnung derselben würde ihn veranlassen, gegen den ganzen § 125 zu stimmen.

Hierauf wird die Beratung auf Freitag verlegt.

Danzig, 10. April.

L. Carthaus, 9. April. Auf dem letzten Kreistage wurden die aus dem Wahlverbande der Landgemeinden neu gewählten Mitglieder, Kaufmann Biesow aus Schönberg und Gutsbesitzer Rörber aus Borekow eingeführt. Es wurden als Besoldungszuschuß für einen demnächst hier anzustellenden Kreisherrarzt 900 Mk. für den Haushaltsetat des nächsten Stahljahres bewilligt, so daß nun wohl in Böße die Wiederbelebung der hiesigen Kreisherrarztstelle erfolgen dürfte, da aus Staatsmitteln ein gleich hoher Besoldungszuschuß zugesichert worden ist. Ferner bewilligte der Kreistag dem westpreußischen Verein zur Bekämpfung der Wandertuberkulose zwecks Errichtung einer Arbeiterkolonie als einmalige Beihilfe den Betrag von 50 Mk. und für die nächsten fünf Jahre einen Vereinsbeitrag von 10 Mk. jährlich. — In einer der letzten Nächte war in Chielshütte ein

größeres Schadenfeuer. Ein dem Gutsbesitzer und Gemeindewortheiter Papke gehöriges, isoliert gelegenes Wohnhaus brannte vollständig nieder. Der Dienermeister des Herrn P., welcher das Haus bewohnt hatte, war aus demselben ein paar Tage vor dem Brände ausgezogen, wonach die Thüren des Hauses zugemacht wurden. Es kann demnach nur böswillige Brandstiftung vorliegen. — Eine anerkennenswerte Einrichtung, welche unseren zahlreichen Sommergästen zu gute kommen wird, hat der hiesige Verschönerungsverein in diesen Tagen getroffen. Es sind an den Ausgängen unseres Ortes und an den nach den umliegenden romantischen Aussichtspunkten führenden Wegen zahlreich Zelte als Wegweiser angebracht worden. Auf denselben sind die Aussichtspunkte namentlich aufgeführt und deutet ein Pfeil die Richtung des einzuschlagenden Weges an, so daß sich nunmehr jeder Fremde in unserer näheren Umgebung leicht wird zurechtfinden können.

9. Thor, 9. April. Bei der städtischen Feuerwehr vermehrte sich der Versicherungsbestand im Jahre 1890 über eine halbe Million und stieg auf 18 163 274 Mk. An Prämien (1/2 pro Tausend) wurde 8380 Mk. vereinbart. Die Rückversicherung von 2/3 des Wertes kostete allein schon etwas mehr, nämlich 8911 Mk. Trotzdem schloß die Kasse mit einem Überschuss von über 1/4 Million Mk. verfügt. Es waren 4 Brandshäuser mit zusammen 12 880 Mk. zu vergüten, worauf 8586 Mk. durch die Rückversicherung gedeckt wurden. Das Vermögen der Feuerwehr stieg um 33 996 Mk. und erreichte eine Höhe von 13 253 306 Mk. — Im Kinderheim waren im abgelaufenen Etatjahr 50 Kinder untergebracht und im Waisenhaus 28 Kinder. Der Fonds zur Unterstützung entlassener Jünglinge der lehren beiden Anstalten ermöglicht es, einigen Mädchen Unterricht in der Gewerbeschule für Mädchen zu Theil werden zu lassen. Der Knaben-Handarbeits-Unterricht im Kinderheim und Waisenhaus soll fernerhin auch Arbeiten des praktischen Lebens, wie Garten- und leichter Schneiderarbeiten ausnehmen.

rs. Aus Ostpreußen, 9. April. Die Krebspest, welche vor einigen Jahren wütete, hat einen großen Theil der ostpreußischen Flüsse, in denen früher die Krebs sehr häufig waren und den Interessenten manchen Gewinn abwarfen, radical entvölkert. Nur die majurischen Seen scheinen von der Pest verschont geblieben zu sein. Die Hoffnung, es würden die Flüsse eine langsame, aber steile Vermehrung dieser Arustentiere aufweisen, daß kaum sämtliche zu Grunde gegangen sein könnten, hat sich nicht erfüllt. In den befallenen Kreisen geht man daher jetzt mit der Absicht um, die Krebszucht wieder energisch zu fördern. — Der Hauptvorstand des landwirtschaftlichen Centralvereins für Litauen und Masuren hat die Kreisvereine aufgefordert, Stellung zu dem vom Centralverein Sachsen im Landes-Deconomie-Collegium gestellten Antrage, den großen landwirtschaftlichen Vereinen eine Organisation ähnlich derjenigen der Handelskammern zu geben, zu nehmen. Der Kreisverein Insterburg beschloß, sich ablehnend zu diesem Antrage zu verhalten.

9. Aus Litauen, 8. April. Als Nachtrag zu den Ereignissen im Ueberchwemmungsgebiet werden uns folgende Mittheilungen über Verluste gemacht, welche dem Wildstande durch das Hochwasser verursacht worden sind. Ein Theil des Ibenhorster Elbwildes zerstreut sich zu Winterszeit jährlich in die Umgegend, um hier seiner Nahrung nachzugehen. Beim Beginn der Ueberchwemmung befanden sich zwei dieser stattlichen Thiere bei Schieffrant. Als die Fluth höher stieg, suchten dieselben sich ein anderes Revier. Alle Anstrengungen, sie in Sicherheit zu bringen, blieben ohne Erfolg. Als tüchtige Schwimmer erreichten die Elche endlich einen Hügel, wo sie zwar hinreichenden Schutz vor dem Hochwasser fanden, aber ohne jede Nahrung blieben und nach einer Zeit dem Hunger erlagen. Ein dritter Elch wurde bei Pokalna vom Wasser übertrafft. Auch hier scheiterten alle Bemühungen, das Thier zu retten. Die angestellten Versuche endeten damit, daß der Elch im Pokalnafluss ertrank.

Eingegangene literarische Neuigkeiten.

Besprechnung nach Raum und Zeit vorbereitet.

Musikalischer Hausrat. Blätter für ausgewählte Salonorchester. IV. Jahrgang 1890/91. pro Au. 1 Mk.

Leipzig, C. A. Kochs Verlag.

Handkarte des Provinz Westpreußen, von

Dr. D. Tunerth. 1:800000. 28/34 Centim. 30 Pf.

Leipzig, Eduard Heinr. Mayer.

Wandkalender im Licht. Erzählung aus der altchristlichen Zeit von Graf Leo N. Tolstoi. 1 Mk. Berlin, Otto Janke.

Unsere Handelsbeziehungen mit Ost-Indien. Eine Abhandlung von Alfred Junckerstorff. 60 Pf. Berlin, F. L. Trautvetter.

Aohlentritte. Berlin, Paul Wiesenthal.

Gleich und ähnlich. (Joh. und Homiak.) Notiz eines misshandelten Naturgeistes, von Dr. med. Gustav Jäger. Stuttgart, Selbstverlag.

Die Blützgärtner. Nr. 2. Einführung der Gas- und Wasserleitungen auf die Blützgärtner. Herausgegeben von Friedrich Nees. Berlin, Julius Springer.

Schorers Familienblatt. Salon-Ausgabe. 1890/91. (VI.) Heft 6. 75 Pf. Berlin, J. H. Schorer.

Homöopathischer Kalender für das Jahr 1891. 50 Pf. Leipzig, Dr. Wilhelm Schmid.

Aus den russischen Ostseeprovinzen. Von einem Deutschen. 60 Pf. Erlangen, Fr. Junge.

Die Confessionsschule und ihre Consequenzen, von Dr. H. Heserstein. 2 Mk. Wien, A. Pichlers Witwe und Sohn.

Bilder aus der Zeit der Gegenreformation in Österreich (1564—1618). von Dr. Fr. Scheidt. 1 Mk. Gotha, Fr. And. Perthes.

Das deutsche Reichsheer. 40 sein ausführte Bilderatlas. 4 Mk. Berlin, Verlag von Max Hochsprung.

Kriegslexikon für Kaufleute und Gewerbetreibende, bearbeitet von Julius Engelmann. Dr. jur. Pr. 1.80 Mk. Erlangen, Palm u. Enke.

Leo N. Tolstojs gesammelte Werke. Liefr. 3. 60 Pf. Berlin, Rich. Wilhelm.

Jugendlinden. Ein hieb- und stichfester, gegen jede Artigkeiten widerstehender Roman, herausgegeben mit einem Vorwort von J. Lippmann. Leipzig, Alexander Danz.

Über die wesentlichen Unterschiede zwischen den Bünzer-Görling'schen Reformvorstellungen und denen des Grundschultheißen. Berlin, Walther u. Apolant.

Chicke und Ziel-Controle für die deutsche Infanterie. Zusammenfassung von v. Busse. 2. Aufl. 50 Pf. Rathenow, Max Babenzen.

Aus dem Irrenhause. 13 Erzählungen merkwürdiger Irrenfälle von Carol. v. Scheldtein-Wenrich. 2. Aufl. Wien, A. Bauer.

Das Zeitalter des Kaisers Wilhelm, von Wilhelm Oncken. Bd. 1. Berlin, G. Grote.

Reorganisation des deutschen Adels. 50 Pf. Leipzig, Bauert u. Rocco.

Die Vor- und Nachtheile der Naturheilmethode, von Dr. med. Prager. 60 Pf. Leipzig, Bauert und Rocco.

